:antifaschistische nachrichten Nr. 4

g 3336 23.2.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

SS-Kriegsverbrecher immer noch nicht angeklagt

Antifaschisten mobilisieren!

Im Juni 2005 wurden 10 deutsche Kriegsverbrecher in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, weil ihnen nachgewiesen wurde, dass sie an einem der größten Massaker an der Zivilbevölkerung in Norditalien beteiligt waren. Am 12. August 1944 wurden in dem Dorf Sant'Anna di Stazzema 560 Menschen, darunter 120 Kinder von Angehörigen der 16. Panzergrenadier Division „Reichsführer SS" ermordet. Verurteilt wurden Werner Bruß (Hamburg), Alfred Mathias Concina (Freiberg), Ludwig Göring (Karlsbad, BaWü), Karl Gropler (Wollin, Brandenburg), Georg Rauch (Rümmingen, BaWü), Horst Richter (Krefeld, Hessen), Heinrich Schendel (Ortenberg, Hessen), Alfred Schöneberg (Düsseldorf, NRW), Gerhard Sommer (Hamburg) und Ludwig Heinrich Sonntag (Dortmund, NRW).

W. Bruß, L. Göring und H. Schendel sind mittlerweile in Italien rechtskräftig verurteilt. Die 7 anderen Täter haben Revision eingelegt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der italienische Appellationshof des Militärgerichts in Rom das Urteil bestätigt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart, die den Überlebenden und Angehörigen der Opfer von dem Massaker in Sant'Anna versprochen hat, nach dem Urteil in Italien auch in Deutschland Anklage zu erheben, wurde nun von „oben" zurückgepfiffen. Die Anklageerhebung wird hinausgezögert, außerdem wurde der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die von dem Opferverein Sant'Anna beauftragt wurde, Nebenklage zu erheben, die beantragte Akteneinsicht abgelehnt.

In Hamburg hat sich daher im August 2005 ein Bündnis gebildet, welches sich für die Anklageerhebung und Verurteilung der Täter auch hier in Deutschland einsetzt. Am Jahrestag des Massakers, am 12.8.1944 wurde in Hamburg-Volksdorf erstmals durch ein Flugblatt darauf aufmerksam gemacht, dass der Kriegsverbrecher Gerhard Sommer dort lebt. Im November 2005 fand dann vor Ort eine erfolgreiche Kundgebung und Demonstration mit 180 Teilnehmern statt. U.a. wurden vor dem Wohnort des Mörders 4 Tafeln mit den 394 namentlich ermittelten Opfern des Massakers niedergelegt und ein Grußwort verlesen. In der Nacht zuvor, wurden ebenfalls von Antifaschisten Gedenktafeln in dem Stadtteil angebracht. Die Demonstration führte auch dazu, dass sich in Volksdorf die „Waldörfer Initiative Hamburg" gründete, die sich zum Ziel gesetzt hat, durch Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil auf das Anliegen der Überlebenden des Massakers von Sant'Anna aufmerksam zu machen und eine Anklageerhebung herbeizuführen.

Die FreibÄrger Jugendinitiative „Buntes Leben" bildete sich im Sommer 2004 um die alternative Stadtzeitung „FreibÄrger", die seit 1998 zweimonatlich erscheint und überwiegend aus der Perspektive von Jugendlichen und StudentInnen über Freiberg berichtet. Im Dezember machte die Jugendinitiative mit einer Mahnwache (Bild) bekannt, dass in Freiberg im Seniorenheim „Johanna Rau" einer der verurteilten NS-Täter von St. Anna di Stazzema lebt. Ihre Recherche hatte ergeben, dass innerhalb des Seniorenheims kaum jemand über die Vergangenheit des Alfred Concina Bescheid wusste. (Bild: fbÄ/mildner)

Aus Hamburg inspiriert, haben am 22.12.05 im sächsischen Freiberg Antifaschisten dem Kriegsverbrecher Alfred Mathias Concina einen Besuch abgestattet. Auch diese Aktion war sehr erfolgreich und wurde mehrfach in der Presse erwähnt. Große Resonanz gab es auch bei der vom AK-Distomo gezeigten Film- und Infoveranstaltung in Hamburg am 16.1.06. In dem ausverkauften Kino 3001 wurde der Film „Todesengel" gezeigt, anschließend informierten und diskutierten vor über 100 Interessierten Rechtsanwältin Gabriele Heinecke sowie Oberstaatsanwalt a.D. Dietrich Kuhlbrodt. Die Antifaschistische Initiative gegen das Vergessen und die VVN-BdA KV Stuttgart (siehe AN 3/06 Seite 9) haben nunmehr einen Offenen Brief an die Staatsanwaltschaft Stuttgart gerichtet und schließen sich damit der Kampagne zur Unterstützung der Überlebenden des Massakers in Sant'Anna di Stazzema an.

Um die bundesweite Kampagne voranzutreiben, wird das Hamburger Bündnis zum Ende des Monats eine erste Materialiensammlung zu dem Massaker in Sant'Anna und zur aktuellen Situation herausbringen, die dann auch im Internet abrufbar ist (s.u.). Zum Gedenktag der Weißen Rose am 25.2.06 in Hamburg-Volksdorf werden die Hamburger Gruppen ebenfalls mobilisieren.

Dem Hinweis des Labour-Abgeordneten Andrew Dismore „dass Kriegsverbrecher niemals ruhig in ihrem Bett schlafen dürfen", folgten Hamburger Antifaschisten am 26.1.06 und schütteten dem früheren SS-Chef von Genua, Friedrich Engel, mehrere Kanister roter Farbe vor die Tür. Wenige Tage darauf verstarb der 97-Jährige.

Bereits im November 1999 wurde der Ex-SS-Offizier in Italien in Tateinheit des 246-Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. 2002 wurde Friedrich Engel wegen der Erschießung von 59 Partisanem am Turchino Pass vor dem Landgericht Hamburg zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Zwei Jahre später hob der Bundesgerichtshof das Urteil wieder auf. In Karlsruhe mochte man die für den Vorwurf des Mordes erforderliche „besonderer Grausamkeit" bei der Massenerschießung von 59 Partisanen nach so langer Zeit nicht mehr erkennen. Die bundesweite Ausgabe der taz kommentierte den endgültigen Abtritt des Kriegsverbrechers mit der Überschrift: „SS-Engel geht zum Teufel". *bw/hamburg* ■

Infos sowie die Broschüre (demnächst) unter: www.partigiani/kriegsverbrechen/sant'anna. Kontakt: waldinihh@gmx.de und distomo-hamburg@gmx.de

Aus dem Inhalt:

„Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte" – Propagandabausteine für rechtsextreme Ressentiments . . 8

Grenzübergreifender Vorstand

VIERSEN. Der Jugendverband der „Landsmannschaft Ostpreußen“, der „Bund Junges Ostpreußen“ (BLO), hat auf seiner jüngsten Bundesversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Klaus Gundlach und Rene Nehring, ehemals Bundesfunktionäre der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), von der sich die Landsmannschaft wegen ihres Abdriftens in das neofaschistische Spektrum vor einigen Jahren trennen musste, gehören dem neuen Vorstand der BJO nicht mehr an. Dem neuen Vorstand unter dem Vorsitz von Jochen Zauner (Viersen) gehören nun auch drei Mitglieder an, die im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens, heute Rußland, leben. Damit sendet die „Bekenntnisgeneration“ der Ostpreußen ein wichtiges Signal, freut sich das „Ostpreußenblatt/PAZ“ (4/06): „Die heimatverbliebenen und heimatvertriebenen Ostpreußen stellen eine gewachsene und auch über die Generationen hinweg nicht auseinanderdriftende Einheit dar“. In diesem Sinne plane der BJO nun für dieses Jahr die Durchführung einer „größeren Jugendfreizeit unter Einbeziehung der deutschen Jugend aus dem Königsberger Gebiet und dem Memelland“, die mit einem „internationalen Sportfest unter Einbeziehung polnischer Jugendlicher in Lötzen“ abschließen soll. Für „seine Verdienste um die ostpreußische Jugend“ erhielt der ehemalige Bundesvorsitzende der JLO, Rüdiger Stolle, das goldene Ehrenzeichen des BJO. *hma* ■

Asien im Blick

AUGSBURG. Die „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ führt vom 10. bis 12. März in der Augsburger Kongresshalle ihren zweiten internationalen Kongress unter dem Titel „Treffpunkt Weltkirche“ durch. Das von dem unter dem Namen „Speckpater“ bekannt gewordenen Werenfried van Straaten (1913-2003) im Jahr 1947 gegründete katholische Hilfswerk hofft, „mit Papst Benedikt XVI. der Neuevangelisierung Europas Schwung zu geben“. Besonders aber Asien stehe auf diesem Kongress im Vordergrund, heißt es im Programmheft, „der Kontinent, der unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkel maßgeblich mitbestimmen wird“. In Zusammenarbeit mit dem katholischen „Radio Horeb“ und der „Katholischen Sonntagszeitung“ werden zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus dem Kirchenapparat und aus der Politik erwartet. Grußworte kommen vom Bischof von Augsburg, Dr. Walter Mixa und CSU-Ministerpräsident Edmund Stoiber. Unter den Rednern des Kongresses finden sich auch die Publizistin Christa Meves, unlängst noch als Referentin bei der Münchner „Burschenschaft Danubia“ angekündigt, Aktivisten der „Paneuropa-Union“ wie z.B. Otto von Habsburg (CSU) und Dirk Hermann Voß (Sankt-Ulrich-Verlag) sowie der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM), dessen Kuratorium „Speckpater“ van Straaten viele Jahre angehörte. Angefragt wurde auch der umstrittene italienische Kulturminister Rocco Buttiglione. Eine „Marien-Andacht“ wird u.a. vom Kölner Erzbischof Joachim Meisner geleitet.

Als Moderator des Kongresses betätigt sich Opus Dei-Mann Jürgen Liminski, Redaktionsleiter des Hausblattes „Echo der Liebe“ der „Kirche in Not“. Unter den zahlreich vertretenden Bischöfen auch der Salzburger Andreas Laun, der sich kürzlich noch für ein Verbot der Abtreibung aussprach. Ehrengast ist die 1912 geborene Gertrud Fussenegger, Ehrenmitglied des österreichischen Schriftstellerverbandes. Vor der Kongresshalle wird auch ein „Beichtmobil“ aufgestellt. *hma* ■

Gesicht gezeigt

BERLIN/DORTMUND. Der deutschtümelnde „Verein Deutsche Sprache“ (VDS) hat für eine Plakataktion in Berlin prominente UnterstützerInnen gefunden. So zeigt sich u.a. die „Grünen“-Politikerin Antje Vollmer auf einem VDS-Plakat mit dem Titel „Die eigene Sprache ist der Kern aller Welterkenntnis“. Weitere Unterstützer der VDS-Aktion sind der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (Konvent für Deutschland“, Leibniz-Gemeinschaft) unlängst noch Unterzeichner eines Appells „für die Pressefreiheit“ der „Jungen Freiheit“, der Schauspieler Dieter Hallervorden (VDS-Ehrenmitglied) und der Journalist Bastian Sick („Spiegel online“). *hma* ■

Das Internetforum der „Freien Kameradschaften Rhein Neckar“

Erste Einschätzung des apabiz / Berlin, 3. Februar 2006

Im Internet ist seit dem 2. Februar 2006, das kürzlich „gehackte“, interne Forum der „Freien Kameradschaften Rhein-Neckar“ und des „Aktionsbüros Rhein-Neckar“, veröffentlicht. Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin hat in Absprache mit antifaschistischen Initiativen aus der Rhein-Neckar-Region diese Informationsquelle gesichtet und veröffentlicht nach erster Auswertung der Unter-Foren (threads) eine erste Einschätzung. Der ganze Text ist zu lesen unter: http:// media.de.indymedia.org/media/2006 /02// 137929.pdf

Fazit des apabiz:

Das apabiz betont, dass diese Stellungnahme nach einer ersten Durchsicht des umfangreichen Datenmaterials erfolgt ist und lediglich einige augenscheinlich bedeutende Punkte thematisiert. Eine genaue Aufarbeitung der Informationen im regionalen Kontext wird von antifaschistischen Gruppen, Initiativen sowie von den Medien in der Rhein-Neckar-Region geleistet werden müssen.

Erst am Mittwoch war unser Mitarbeiter Michael Weiss in Ludwigshafen, um an der Evangelischen Fachhochschule einen Vortrag zum Thema „White Noise“ abzuhalten. Seine dort geäußerte und von vielen Besuchern der Veranstaltung mitgetragene Einschätzung, dass die Rhein-Neckar-Region eines *der* bundesweiten Zentren neonazistischer Aktivitäten und Organisierung ist, wird durch die nun vorliegenden Informationen nachdrücklich bestätigt.

Die in der Rhein-Neckar-Region existierenden Strukturen und Freiräume wirken wie ein Magnet auf Neonazis aus dem Umland und von weiter her. Mit ca. 20 im Jahre 2005 durchgeführten Konzerten, von denen nur wenige polizeilich aufgelöst wurden, war im letzten Jahr in der Rhein-Neckar-Region eine der bundesweit höchsten Konzentrationen neonazistischer Konzertaktivitäten festzustellen. Zudem ist eine deutliche Orientierung von neonazistischen Gruppen aus anderen Regionen, zum Beispiel aus Rastatt oder aus Südhessen, hin zum Ballungsraum Mannheim-Ludwigshafen erkennbar. Die Attraktivität des Neonazi-Standortes Rhein-Neckar verdeutlicht auch die Tatsache, dass zwei der zentralen Personen des Aktionsbüros Rhein-Neckar, Malte Redeker und Matthias H., in den vergangenen Jahren aus anderen Regionen (bzw. aus der Schweiz) nach Ludwigshafen zogen. Weitere Aktivisten der Hammerskins und der „Freien Kameradschaften“, das belegen u. a. die Forumseinträge, haben in den letzten Monaten ihre Wohnsitze aus dem südlichen Baden-Württemberg oder aus Osthessen in die Rhein-Neckar-Region verlegt. Ein zugezogener „Hammerskin“ soll beispielsweise die Eröffnung eines Tätowier-Ladens in Frankenthal planen, was die neonazistische Infrastruktur weiter ausbauen würde.

Besondere Sorge bereiten die derzeitigen Bemühungen des Aktionsbüros Rhein-Neckar, das über 3000 Quadratmeter große und mit mehreren Wohn- und Nutzgebäuden versehene Grundstück eines ehemaligen Weingutes in Grünstadt-Kirchheim (Rheinland-Pfalz) käuflich zu erwerben. Die Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer laufen derzeit. Die ehemalige Scheune des Anwe-

sens wurde von Neonazis bereits gepachtet und in den letzten Wochen zum „Clubhaus“ umgebaut. Erste Veranstaltungen, u.a. eine Rednerveranstaltung mit dem NPD-Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz, Peter Marx, haben dort bereits stattgefunden. Sollte der Pachtvertrag bestehen bleiben oder sollten die Neonazis das Gelände gar käuflich erwerben können, so würde sich einem der strukturstärksten neonazistischen Zusammenhänge in Deutschland ein erneuter Freiraum öffnen, dessen „Qualität“ und Strahlungskraft die Probleme der Region potenzieren würde.

Das apabiz verbindet mit der Veröffentlichung des Forums die Hoffnung, dass mit den nun zugänglichen Informationen es antifaschistischen Kräften der Region wie auch den Ermittlungsbehörden möglich sein wird, diesem fortschreitenden Strukturaufbau und der umfassenden Erlebniswelt und Parallelwelt der Neonazis in der Rhein-Neckar-Region endlich wirksam entgegen zu treten.

Für Nachfragen steht das apabiz gerne zur Verfügung.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin Telefon / Fax: 030 – 611 62 49 e-mail: mail@apabiz.de www.apabiz.de ■

25.2.2006: Antifa-Demo in Schönebeck

SCHÖNEBECK. Anfang des Jahres wurde der 12-jährige Kevin auf seinem Weg nach Hause von Schönebeck nach Pömmelte (Sachsen-Anhalt) von fünf rechten Jugendlichen überfallen und anschließend misshandelt. In Folge rückte die regionale Naziszene ein weiteres Mal in das mediale Interesse.

Auch wenn in der Region von offizieller Seite nur ungern oder gar nicht von einem Naziproblem geredet wird, so ist dieser Übergriff kein „Ausrutscher“ oder ähnliches, sondern vielmehr Ausdruck des Selbstbewusstseins, mit dem die Nazis vor Ort agieren bzw. auftreten. Schönebeck ist dabei exemplarisch für eine allgemeine Entwicklung in vielen ostdeutschen Kleinstädten und Dörfern zu sehen. Relativ ungestört konnten hier in den letzten Jahren Nazistrukturen aufgebaut werden und sich unter den Jugendkulturen etablieren. Verbunden mit zunehmenden Übergriffen gegen Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen, wird ein „Anders-Sein“ oder gar ein „Dagegen-Sein“ immer gefährlicher und teilweise sogar unmöglich.

AntifaschistInnen aus Schönebeck und Magdeburg wollen daher mit einer Demonstration in Schönebeck am 25.2.06 zum einen rechte Strukturen in der Region thematisieren und zum anderen zeigen, dass es Menschen gibt, die bereit sind gegen diese vorzugehen.

Im Anschluss an die Demonstration ist eine kurze Kundgebung in Pömmelte geplant, um Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt vor Ort zu zeigen.
DEMO: 11:30 Uhr Hauptbahnhof Schönebeck; Vortreffpunkt in Magdeburg: 10:45 Uhr HBF.

Weitere Infos sowie Materiel auf www.nicht-wegschauen.tk ■

Wieder mehr rechtsextreme Gewalttaten

BERLIN. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ist in Ostdeutschland auch im Jahr 2005 weiter gestiegen. Das ergaben Recherchen von Beratungsstellen für Opfer rechter Angriffe, die in den fünf neuen Ländern und Berlin tätig sind. Die insgesamt acht Initiativen registrierten 614 einschlägige Gewalttaten, im Jahr 2004 waren es 551. An der Spitze der Statistik 2005 steht Sachsen mit 154 Delikten, gefolgt von Sachsen-Anhalt (129), Brandenburg (128), Berlin (103), Mecklenburg-Vorpommern (62) und Thüringen mit 38 Fällen. Diese Zahl gibt allerdings nur die Situation in Teilen des Landes wieder, da der „Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt“ mangels Personal nur eingeschränkt recherchieren kann. Der Hilfsdienst und die weiteren sieben Beratungsstellen werden von der Bundesregierung über das Programm „Civitas“ finanziell gefördert. Die Initiativen betreuten im vergangenen Jahr 1020 Männer und Frauen.

Offizielle Vergleichszahlen zur rechten Gewalt 2005 gibt es noch nicht. In der Regel sind die Angaben der Opferberatungsstellen höher als die der Landeskriminalämter. Einen besonders starken Anstieg rechter Gewalt registrierte im vergangenen Jahr die Initiative „Reach Out“ in Berlin. Hier hat sich die Zahl der Delikte gegenüber 2004 (54) nahezu verdoppelt. Einen leichten Rückgang um acht Gewalttaten stellte hingegen die „Opferperspektive“ in Brandenburg fest.

Deutschlandweit zeichnete sich bereits im Januar für das vergangene Jahr eine drastische Zunahme der gesamten rechtsextremen Kriminalität ab. Diese Tendenz wird durch die jetzt auch vorliegenden Angaben der Bundesregierung für Dezember 2005 bestätigt. Demnach registrierte die Polizei 2005 insgesamt 10 271 rechte Delikte. Im Jahr zuvor waren es 7934. Bei Gewalttaten gab es eine Zunahme auf 588 (2004: 498). Die Zahlen entstammen den Antworten der Regierung auf monatliche Anfragen der Bundestagsabgeordneten Petra Pau (Linkspartei) und ihrer Fraktion. Die Angaben sind nur vorläufiger Natur, da noch zahlreiche Nachmeldungen der Polizei zu erwarten sind. Somit wird die Summe der rechten Straftaten wahrscheinlich weiter steigen.

Quelle: Tagesspiegel 13.2.2006 ■

„Kein Durchkommen für die Neonazis!“

MÜNSTER. Die am 18. Februar vom neonazistischen Netzwerk „Aktionsbüro Westdeutschland“ in Münster angemeldete Demonstration schaffte es keine 300 Meter. Bürgerinnen und Bürger des Bahnhofs- und Hansaviertels sowie aus dem Kreuzviertel und viele Mitglieder antifaschistischer Gruppen verhinderten erfolgreich den Neonaziaufmarsch. Eine friedliche Straßenblockade an der Bremer Straße/Ecke Hansaring ließ die Nazis nicht durchkommen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Münster bedankt sich bei den vielen Menschen, die den ganzen Tag im Hansaviertel unterwegs waren für ihr deutliches und entschiedenes Handeln. Durch unzählige Transparente, Plakate und Bilder machten die Anwohner ihre Missbilligung des Aufmarsches und ihre Ablehnung von neofaschistischer, antisemitischer oder rassistischer Propaganda deutlich. Die VVN/BdA sieht sich auch in ihrer Forderung bestätigt, dass sich eine demokratische Öffentlichkeit nie wieder mit neofaschistischer Hetze abfinden darf. „Die Verherrlichung des Nationalsozialismus, die Leugnung von Verbrechen, die Androhung von Gewalt gegen Andersdenkende ist eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

Die VVN/Bund der Antifaschisten lädt alle Interessierten ein, auch weiterhin „gegen Rechts“ aktiv zu sein. Die Auseinandersetzung mit Neofaschismus, mit alltäglichem Rassismus, mit der Umdeutung der Geschichte benötigt Beharrlichkeit und Ausdauer, die über die Aktion am Samstag hinaus geht.

Kontakt zur VVN über das Internet: www.muenster.org/vvn-bda/ ■

Polizeieinsatz in Hamburg war rechtswidrig

Ein brutaler Polizeieinsatz gegen Antifaschisten am 31. Januar 2004 in Hamburg war rechtswidrig. Das ist das Ergebnis eines Verwaltungsgerichtsverfahrens, das die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) unmittelbar nach dem Einsatz angestrengt hatte. Wie Cornelia Kerth, Landesvorsitzende der VVN-BdA, am Donnerstag gegenüber junge Welt mitteilte, musste die Polizei in dem Verfahren eingestehen, dass der Einsatz von Wasserwerfern und die anschließende Auflösung einer Kundgebung der VVN-BdA am 31. Januar 2004 unrechtmäßig war.

Über 6 000 Antifaschisten hatten an jenem Tag gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufmarsch von etwa 1 000 Neonazis vor der damaligen Wehrmachtsausstellung demonstriert. Während die Rechten weitgehend unbehelligt gegen die Ausstellung aufmarschieren durften, wurde die Kundgebung der VVN-BdA unmittelbar nach ihrem Beginn gewaltsam und ohne jede Vorwarnung mit Wasserwerfern und unter dem Einsatz von Schlagstöcken aufgelöst. 3 200 Beamte waren im Einsatz.

Der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, die gerade zu ihrer Rede ansetzen wollte, wurde der Strom abgestellt. Ein Lautsprecherwagen, in dem sie daraufhin die Rede halten wollte, wurde von einem Wasserwerfer unter Beschuss genommen. 236 Demonstranten wurden festgenommen, während die übrigen Demoteilnehmer in eine enge Straße zurückgedrängt wurden. Räumfahrzeuge preschten mit hohem Tempo auf die Menge zu. Das Wasser der bis zu acht Wasserwerfer war mit Reizgas versetzt.

Das Verfahren habe gezeigt, dass der Einsatz von vornherein so geplant war, betonte Rechtsanwältin Britta Eder gegenüber junge Welt. Aus Unterlagen sei hervorgegangen, dass beteiligten Einsatzleitern der Polizeihundertschaften schon am Tag zuvor der Wasserwerfereinsatz angekündigt worden sei. Dass Polizeibeamte völlig unbegründet zuschlugen, zeigten auch Videoaufnahmen. Offenbar sollte hier exemplarisch gezeigt werden, wie die Polizei gegen Antifaschisten vorgehen kann, bewertete Cornelia Kerth die Polizeiübergriffe im Nachhinein. Dass das Verwaltungsgerichtsverfahren festgestellt hat, dass der Einsatz rechtswidrig war, sei sehr wichtig, weil man sich auch bei anderen Demonstrationen politisch darauf berufen könne. Kerth forderte die Innenbehörde auf, „künftig nicht den Schutz der Faschisten in den Mittelpunkt eigener Aktivitäten zu stellen, sondern das antifaschistische Demonstrationsrecht“.

Auch juristisch hat das Verfahren noch ein Nachspiel, denn das „Strafverfahren gegen Unbekannt“ läuft noch. Ganze Polizeieinheiten hat die Staatsanwaltschaft inzwischen vernommen, um Verantwortliche für den Einsatz zu ermitteln.

Die VVN-BdA prüft unterdessen, ob sie noch ein weiteres Strafverfahren gegen Polizeidirektor Peter Born einleitet. Dieser hatte den Einsatzbefehl für die Wasserwerfer gegeben.

Andreas Grünwald, jW 17.2.06 ■

Neonazis etablieren massiv rechte Strukturen

ILMKREIS. Die extrem rechte Szene fokussiert sich immer mehr auf den Ilmkreis, explizit auch Arnstadt und Umgebung. Neben zahlreichen Propaganda-Aktionen, rechten Skinheadkonzerten, neun Aufmärschen bzw. Kundgebungen innerhalb eines Jahres, sowie erneut brutalen Attacken Ende 2005 verfügen Neonazis inzwischen über gefestigte Strukturen. Der Pressesprecher der Antifa Arnstadt, Armin Degner erklärt hierzu: „Die militante „Kameradschaft Ilmkreis“, eine eigene Zeitung mit dem Namen „Ilmkreis National“, ein eingetragener Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ und der Arnstädter Kampfsportclub KSC, der von zahlreichen rechten Schlägern genutzt und teilweise von Neonazi-Aktivisten geleitet wird, sind nur einige Beispiele.“ Würde man weiter südlich nach Ilmenau blicken, so habe sich auch einiges verändert. Eine neue Neonazigruppe gründete sich und plant laut Eigendarstellung ihre Stadt „säubern“ zu wollen, brüstet sich außerdem offen mit antisemitischen Texten. Gestärkt wird das extrem rechte Weltbild durch ein eigenes Geschäft mit dem Namen „Topf Fuel Store“, welches das Klientel mit Szene-Bekleidung, entsprechender Literatur und Waffen beliefert.

Die Neonazi-Szene verfügt auch über eigene Objekte. Ein Beispiel dafür ist Haarhausen in der Wachsenburggemeinde, hier trifft sich die rechte Elite samt Schlägerhorde jeden Freitag im „Nassen Eck“ zum Kameradschaftsabend oder lädt auch überregionale Nazi-Prominenz zu Veranstaltungen ein. Die Ergebnisse der letzten Treffen waren beispielsweise eine rechte Bustour durch Thüringen in Zusammenarbeit mit anderen regionalen Neonazis. Dabei wurden bereits Busse aus Ost- und Westthüringen angemietet, mit denen sie am 4. März 2006 in Bad Salzungen, Ilmenau und Arnstadt Halt machen wollen, Kundgebungen sind geplant. Einen Monat später, am 1. April ist Arnstadt Auftaktort einer bundesweiten Neonazi-Kampagne, bisher wurden 400 TeilnehmerInnen für den Marsch durch die Stadt angemeldet.

Am letzten Freitag fand ein Treffen statt, bei dem auch Prominenz wie der NPD-Landesvorsitzende und Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt anwesend war. Gemeinsam gründete man im „Nassen Eck“ einen NPD-Kreisverband für den Ilmkreis, dessen Vorstand Sven Geyer wurde. Bei den Bundestagswahlen erreichte die NPD in Arnstadt 4,1%, im Süden des Ilmkreises sogar ein zweistelliges Ergebnis. Neonazis wollen an die Verfünffachung der Stimmen anknüpfen und ihre Aktionen noch weiter intensivieren. Mit Sven Geyer verfügen sie im Ilmkreis über eine Führungsfigur der Neonazi-Szene, er ist verantwortlich für die Organisation von Veranstaltungen, Herstellung von Propaganda sowie Vernetzung und den Kontakt zu anderen Neonazis. Im Herbst 2005 führten Kripo-Beamte eine Hausdurchsuchung bei ihm durch und stellten dabei mehrere Rechner sicher, nachdem er in der rechten Lokalpostille Hakenkreuze abdruckte.

Pressemitteilung der Antifa Arnstadt ■

Rechter fürs Rathaus

WEIMAR/BLANKENHAIN. Von der Schändung eines Gräberfeldes für NS-Opfer bis hin zum Verkauf rechtsextremer CDs auf dem Schulhof einer Regelschule: Neonazis gehen in Blankenhain immer unverhohlener ans Werk. Dass die NPD bei der Bundestagswahl in Blankenhain auf erschreckende 7,3 Prozent kam und bei den Zweitstimmen gar vereinzelt die zehn Prozent-Marke knackte, scheint nur die Spitze eines Eisberges zu sein. Im Internet kündigt die NPD an, bei der Bürgermeister-Wahl einen eigenen Kandidaten stellen zu wollen. „Unsere Erfolge zur Bundestagswahl heißt es nun auszubauen. Wie der NPD-Kandidat für Blankenhain, J. Morgenroth, sagt, freue er sich über den kämpferischen Geist unserer JN-Aktivisten. In Blankenhain, als auch im ganzen Land, heißt unsere Parole Widerstand“, heißt es pathetisch-national auf den Seiten der NPD Weimar-Weimarer Land.

Einmal mehr will die rechtsextreme Partei den Schulterschluss mit der so genannten Kameradschaft Blankenhain. Dass die handelnden Personen teilweise identisch sind, zeugt von einer großen Toleranz der NPD gegenüber gewaltbereiten Neonazis. So ist der wegen schwerer Körperverletzung vorbestrafte Weimarer NPD-Vorsitzende gleichzeitig einer der führenden Köpfe der so genannten „Braunen Aktionsfront“.

In einer im vergangenen Jahr erschienen Dokumentation über den Rechtsextremismus in Stadt und Land kam die Netzwerkstelle Weimar gegen rechts zu dem Schluss, dass es für viele Heranwachsende kaum Möglichkeiten gebe, sich jenseits der rechten Alltagskultur unter Jugendlichen auf dem Land zu behaupten. Viele verließen rasch nach der Schulzeit die Dörfer und Kleinstädte.

Die Wahlen finden am 7. Mai statt.

Quelle: Thür. Landeszeitung 9.2.06 ■

Aufmarsch von 4000 Neonazis in Dresden blockiert

DRESDEN. Begleitet von Protesten sind am 11.2. zum 61. Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg rund 4000 Neofaschisten durch die Stadt gezogen. Gegen die Vereinnahmung des Jahrestages durch Nazis veranstalteten Initiativen, Kirchen, gewerkschaften und Parteien eine „Meile der Demokratie“ Rund 1000 GegendemonstrantInnen, vor allem aus dem autnomen Spektrum, blockierten den Marsch der Neonazis, die daraufhin nicht in die Altstadt ziehen konnten.

Die Veranstalter der Meile mit Info-Ständen und Kulturaktionen, an der sich 21 Organisationen beteiligten, sprachen von etwa 5000 Besuchern. Wie schon im vergangenen Jahr leuchtete am Abend ein aus Kerzen gebildeter Schriftzug „Diese Stadt hat Nazis satt“ vor der Frauenkirche. Zu einer Demonstration linker Gruppen fanden sich ca. 700 bis 1000 Menschen ein.

Aufgerufen zu dem rechten Aufmarsch hatte die Junge Landsmannschaft Ostpreußen, unterstützt von der NPD. An dem „Trauermarsch“ für die Opfer der Luftangriffe am 13. und 14. Februar 1945 beteiligten sich Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland, darunter auch Funktionäre und sächsische Landtagsabgeordnete der NPD. Allerdings wurde die Teilnahmezahl des letzten Jahres von 6500 nicht wieder erreicht, zum 60. Jahrestag waren auch DVU-Chef Frey und der inzwischen verstorbene Franz Schönhuber erschienen.

Ein Großaufgebot der Polizei sollte den Aufmarsch sichern. Dies konnte aber nicht verhindern, dass spontan die Augustusbrücke blockiert wurde, so dass der rechte Demozug nicht wie geplant durch die Dresdener Innenstadt ziehen konnte. An der Blockade beteiligten sich auch mehrere Landtagsabgeordnete von Linksfraktion und SPD, teilte die Linkspartei mit.

nach Neues Deutschland, 13.2.06, Bilder vom Naziaufmarsch: indymedia ■

Köln stellt sich quer!

Am Samstag, den 4. März 2006, wollen militante Neonazis aus dem Spektrum der so genannten „Freien Kameradschaften“ durch Köln marschieren. In den Stadtteilen Ehrenfeld und Porz haben sie unter dem Motto „Multikultur abschaffen – Moscheebau stoppen!“ zwei Aufmärsche angemeldet. Anmelder ist Christian Worch, Organisator die Kameradschaft Köln um den bundesweit aktiven Kölner Neonazi Axel Reitz, der kürzlich vom Landgericht Bochum wegen Volksverhetzung zu 21 Monaten Haft verurteilt wurde.

Die „Kameradschaft Köln“ und andere Organisationen, die zu diesen Demonstrationen aufrufen, stellen sich offen in die Nachfolge des Nationalsozialismus. So ist es kein Zufall, dass sie ausgerechnet am Bahnhof Ehrenfeld marschieren wollen – dort, wo im November 1944 Zwangsarbeiter und Edelweißpiraten von den Nazis brutal ermordet wurden. Kommt zu den Gegenaktionen:

9.00 Uhr: Mahnwache an der Gedenktafel für die ermordeten Edelweißpiraten Bartholomäus-Schink-Straße am Bhf. Ehrenfeld
9.30 Uhr: Kundgebung auf dem Neptunplatz in Ehrenfeld
14.00 Uhr: Kundgebung in Porz-Mitte, An der Sparkasse

Neuer Irving-Verteidiger?

WIEN. Laut der rechtsextremen Homepage Wiener Nachrichten Online (WNO) wird der Anwalt Herbert Schaller den britischen „Revisionisten“ David Irving beim Prozess, der am 20. Februar beginnt, vertreten. Der Grund für den Wechsel dürfte in der ursprünglichen Verteidigungsstrategie zu finden sein. So empören sich die WNO darüber, dass „in der Systempresse [...] angebliche Aussagen seines damaligen Verteidigers auftauchten, wonach Irving seine Meinung geändert habe, da er in sowjetischen Archiven die Existenz von Gaskammern bestätigt gefunden habe“. Tatsächlich wäre ein öffentliches Abrücken Irvings von der Gaskammerleugnung ein nur schwer zu verwindender Schlag für die internationale Neonazi-Szene. Schaller hat Irving schon in der Vergangenheit mit wenig Erfolg vertreten und in früheren Prozessen auch Zweifel am Holocaust geäußert. In einem Interview mit der deutschen Nationalzeitung (8/2006) meint Schaller, man solle auf die vermeintliche „Vagheit des Tatbestandes“ nach § 3g Verbotsgesetz setzen. Irving habe nicht wissen können, dass „das Bestreiten der Massentötungen in Gaskammern in Österreich als verbotene Betätigung im nationalsozialistischen Sinn“ qualifiziert wird. *www.doew.at* ■

Honsik im Netz

Der flüchtige Neonazi Gerd Honsik betreibt seit kurzem eine eigene Homepage. Anfang Februar feierte er dort den Sieg der Hamas bei den Wahlen zum palästinensischen Parlament. Der Erfolg der antisemitischen Terrororganisation lässt Honsik gar von der Demokratie schwärmen. Eine Woche darauf widmet er sich in seinem „Kommentar“ dem „CIA-Angriff auf Mohammed“. Die Veröffentlichungen von Karikaturen des islamischen Religionsstifters seien eine „Beleidigung der moslemischen Welt durch die Weltpresse“. Honsik weiß, „aus welchem Loch die Verspottung der Überlieferung, der Gefühle, der Religionen, der Empfindungen der Mehrheiten seit einem halben Jahrhundert gekrochen kommt“. Es sei der CIA, der seinem „zerstörerische[n] Kampfauftrag“ nachkomme und nicht nur auf die Religionen ziele, sondern auch einen „Vernichtungskrieg gegen die Musik, die Malerei, die Dichtung, die Muttersprachen und das Theater“ führe. Gleich dem iranischen Präsidenten behauptet Honsik weiter, dass das „Imperium“ „von freier Meinungsäußerung plötzlich nichts wissen“ wolle, „wenn da einer kommt und etwa Beweise für den Holocaust“ verlangt. Abschließend drückt er seine Gewissheit aus, dass im „Kreuzzug [...] gegen den Islam“ das deutsche „Volk“ dem „nordamerikanischen Imperium [...] die Gefolgschaft verweigern“ wird. *Neues von ganz rechts Februar 2006, www.doew.at* ■

„Demonstrationen“ gegen die 42. „Sicherheitskonferenz“

Unter schweren Bedingungen protestierten am Wochenende 4./5. Februar einige tausend KriegsgegnerInnen gegen das Treffen von Außen- und „Sicherheits“-PolitikerInnen und WaffenlobbyistInnen.

Der Samstagmittag war von einem Polizeiaufgebot geprägt, das eine Demonstration im eigentlichen Sinne unmöglich machte. Bereits um 11 Uhr hatten sich etwa 50 Leute vom Westend aus gemeinsam zum Lehnbachplatz aufgemacht, wo die Auftaktkundgebung in einem großen Polizeikessel stattfand. Nahezu jedEr TeilnehmerIn wurde durchsucht. Viele der jedes Jahr mehr werdenden bunt kostümierten Pink/Silver-, „KarneKravall“– und „Skelett“-DarstellerInnen mussten ihre Personalien abgeben. Von Anfang an wurden Leute wegen des „Rumsfeld“-Plakates festgenommen.

Überall waren Unmengen von teilweise vermummten ZivilbeamtInnen zu sehen. Entgegen dem Gerichtsentscheid versuchte die Polizei mehrfach – wenn auch vergeblich – Lautsprecherwagen während der Demonstration zu durchsuchen. Es ist zumindest eine Diskussion wert, ob eine „Demonstration“ unter solchen Bedingungen nicht besser abgebrochen werden und eine spontane Alternative erwägt werden sollte.

Trotz aller Polizeischikanen kamen gut 3000 KonferenzgegnerInnen am Lehnbachplatz zusammen.

Die Auftaktkundgebung begann mit dem üblichen Grundgesetzlob und einer Zurückweisung der Kriegsdrohungen gegen den Iran, aber auch dessen antisemitischen Ausfälle. Es folgten einige weitere Redebeiträge, darunter ein sehr guter der Kampagne „Wiederentwaffnung jetzt!“. Gegen 14 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Von Beginn an griff die Polizei insbesondere den „internationalistischen Block“ an, der sich mithilfe eines Seils und mit Seitentransparenten zu schützen versuchte. Während das Seil in einem Gerangel einkassiert wurde, konnten zumindest einige Seitentranspis durchgesetzt werden. Auch die Versuche, an den Lautsprecherwagen zu gelangen, konnten abgewehrt werden. Leider half auch die motivierende und unterhaltsame Moderation nicht, die unzähligen ZivilbeamtInnen konsequent aus der Demo raus zu halten. In einem Fall erledigte dies offenbar die Polizei selbst, da der Zivilbeamte einen „die Polizei verunglimpfenden Aufkleber“ trug, so ein Polizeisprecher laut „SZ“.

Beeindruckend wirkte die weit vorne laufende „Performance“ gegen Folter. Gekleidet wie die Gefangenen in Guantanamo liefen ein Dutzend AktivistInnen vor zwei SoldatInnen her. Ein Transparent zeigte unter dem Zitat „Freiheit und Democracy“ aus Berthold Brechts „Anachronistischem Zug“ die Logos von „Sicherheitskonferenz“, NATO, EU, Bundeswehr und CIA. Darüber die eindeutige Aussage „Krieg heißt Folter“. Begleitet wurde die Aktion von einem Redebeitrag, der die drastischen Auswirkungen von Folter deutlich machte und entschieden das Folterverbot einforderte.

Neben mehreren kleineren Übergriffen der Polizei und anschließenden Rangeleien kam es am Sendlinger Tor zu einer heftigen Auseinandersetzung, als Zivilbeamte einen Demonstranten festnehmen wollten und dabei in arge Bedrängnis gerieten. Selbst den herbeigerufenen USK-Kräften gelang es trotz Knüppel und Pfefferspray nicht, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, da sich ihnen zu viele Leute geschlossen entgegenstellten. AugenzeugInnen zufolge wurde einer der Zivilen verletzt, ob der betroffene Demonstrant entkommen ist, ist unklar.

Bis zur Abschlusskundgebung wurde die Situation dann entspannter. Dort angekommen, wurde die Demonstration jedoch erneut angegriffen. Wieder war es ein Trupp des „Unterstützungskommandos“, der sich beim Versuch einer Festnahme überschätzte. Das solidarische Verhalten der DemoteilnehmerInnen führte dabei dazu, dass die selbsternannte „Eliteeinheit“ zwischen Lautsprecherwagen und DemonstrantInnen eingekesselt wurde und nun selbst um Unterstützung rufen musste. Auch die herbeieilenden BereitschaftsbeamtInnen hatten alle Mühe, sich gegen den Druck der aufgebrachten Menge zu wehren. Schließlich wurden die PolizistInnen, die mit Schlagstöcken und Pfefferspray einige Leute leicht verletzten, aus der Demo gedrängt. Angeblich konnte die Frau, die festgenommen werden sollte, dabei befreit werden. Bis zum Ende der Veranstaltungen kam es dennoch noch zu mehreren Festnahmen. Laut Polizeimitteilung wurde ein Demonstrant in der Ettstraße von einem Gefangenentransporter angefahren, dabei aber angeblich nur leicht verletzt.

Insgesamt nahm die Polizei nach eigener Aussage an beiden Tagen 95 KriegsgegnerInnen in Haft, Gewahrsam und zur „Identitätsfeststellung“ ins Präsidium in die Ettstraße, wo Einige nach ihrer Entlassung mit Essen und Getränken empfangen wurden. Die Rote Hilfe hält diese Zahl für absichtlich zu Zwecken der Abschreckung „frisiert“, spricht von 60 Festnahmen und resümiert:

„Die polizeiliche Praxis bei jeder Versammlung mit Schlagstock und Pfefferspray gegen die TeilnehmerInnen vorzugehen, und einige dutzend TeilnehmerInnen unter fadenscheinigsten Begründungen festzunehmen, dient lediglich der Aufrechterhaltung eines von der Polizei selbst geschaffenen Gefahrenbildes. Die Gewalt geht zu aller erst von der Polizei aus.“

Die Differenz zwischen den Festnahmebilanzen könnte allerdings auch daraus resultieren, dass viele von der Polizei gemeldeten „46 Identitätsfeststellungen“ eventuell nicht dem EA gemeldet wurden. Generell sollte dies immer geschehen, da auch solche „Lapalien“ für die Betroffen Ärger nach sich ziehen können und es die

→

Kampagne gegen NPD-Wahlkampf in Rheinland-Pfalz

Antifaschistische Gruppen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben eine Kampagne gegen den Wahlkampf der NPD zur Landtagswahl im März 2006 gestartet. Eine Infobroschüre ist soeben erschienen. In den nächsten Wochen wird es landesweit Infoveranstaltungen geben. Am 18. März findet eine Demonstration in Pirmasens (Pfalz) gegen die dortige NPD-Landeszentrale statt.

DIE NPD IN RHEINLAND-PFALZ

Über 25.000 Plakate und 2 Millionen Flugblätter plant die NPD während ihres Wahlkampfes in Rheinland-Pfalz aufzuhängen und zu verteilen. Wenn am 26. März 2006 der rheinland-pfälzische Landtag gewählt wird, will die rheinland-pfälzische NPD-Gliederung vom bundesweiten Aufwärtstrend der neonazistischen Partei profitieren. Auch wenn ein Einzug in den Landtag wohl unrealistisch ist, bieten Wahlkämpfe der Partei eine sehr gute Möglichkeit, ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten.

Eine mögliche Rückerstattung der Wahlkampfkosten wäre ein finanzieller Schub für den NPD-Landesverband. Mit dem so genannten „Volksfrontkonzept“, bei dem sowohl die militanten „nationalen Sozialisten“ aus den „freien Kameradschaften“ als auch zum Beispiel die

Fortsetzung von Seite 6

(Öffentlichkeits-) Arbeit des Ermittlungsausschusses erleichtert.

Um gegen die massive Repression der Antikriegsproteste durch Polizei und Kreisverwaltungsreferat zu protestieren, fand am Sonntag eine Demonstration „gegen Polizeiwillkür“ statt, bei der etwa 50 TeilnehmerInnen vom Marienplatz zum Innenministerium zogen. Von Übergriffen und/oder Festnahmen ist dabei nichts bekannt.

Das Wochenende hat gezeigt: trotz aller Repression lassen sich viele Menschen nicht davon abhalten, ihren Protest gegen die Selbstinszenierung der Kriegs- und AußenministerInnen, der Waffenkonzerne und der LobbyistInnen auf die Straße zu tragen.

Trotz einer polizeilichen Übermacht kann ein geschlossenes Auftreten Angriffe abwehren.

Und auch das: trotz nicht weniger antiamerikanischer und undifferenzierter Töne gibt es eine deutliche Kritik am „Hauptfeind im eigenen Land“, am „kapitalistischen Frieden“ und ist es notwendig und richtig, gegen jene Konferenz zu protestieren und den Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung von Politik und Gesellschaft auszuweiten.

indynews.net, Lokalberichte München 4-06, gekürzt ■

„Deutsche Volksunion“ (DVU) und ehemalige „Republikaner“ in den NPD-Wahlkampf eingebunden werden, bietet sich zudem die Möglichkeit, neue rechtsextreme Strukturen aufzubauen und vorhandene Neonazi-Strukturen zu stärken. Dies stellt insbesondere im Flächenland RLP eine ernst zu nehmende Gefahr dar.

Der rheinland-pfälzische Landesverband der NPD präsentierte sich in den letzten Jahren sehr zerstritten. Oft kam es zu Wechseln innerhalb der Führungsriege. Häufig war die Partei nur regional handlungsfähig.

Im September 2004 jedoch wurde im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen die so genannte „Resolution von Remagen“ beschlossen, die eine „Bündelung aller Kräfte“ für die Wahl vorsieht. Unterzeichnet haben diesen so genannten „Volksfrontbeschluss“ neben den Landesverbänden von NPD und „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) unter anderem die Kameradschaft Westerwald sowie einzelne Funktionsträger der „Republikaner“ (REP). Für die Umsetzung der Resolution war allerdings anderes Führungspersonal vorgesehen. Ende 2004 verabschiedete sich der bisherige Landesvorsitzende Martin Laus und wurde durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD Peter Marx ersetzt. Für den angekündigten fächendeckenden Wahlkampf wurde Sascha Wagner, ehemaliger JN-Kader in RLP, zurück nach RLP geholt.

Im Oktober 2005 veröffentlichten so genannte „freie Kräfte“ aus Rheinland-Pfalz eine Erklärung zur Landtagswahl, in der sie ihre Unterstützung des NPD-Wahlkampfes bekannt gaben. Im Gegenzug wurden René Teufer (Viernheim), Sven Lobeck (Koblenz) und Mario Matthes (Mainz) auf die Plätze 3, 6 und 8 der Landesliste gewählt. Stolz wird verkündet, dass mit der Wahl drei Repräsentanten „des radikalen Teils des nationalen Widerstandes“ ernannt worden seien, die seit vielen Jahren „im Kampf für ein nationales und sozialistisches Deutschland stehen“.

Diese Erklärung kam nicht überraschend, denn sie spiegelt eine Realität wider, die nahezu in ganz Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Die Zusammenarbeit von NPD und „freien Kameradschaften“ ist in fast allen Regionen des Landes gegeben und auch personelle Überschneidungen sind keine Seltenheit. Im Januar 2006 wurden zusätzlich einige „nationale Sozialisten“ aus den „freien Kameradschaften“ in den Landesvorstand der NPD gewählt.

GEGENAKTIVITÄTEN

Gegen den Wahlkampf der NPD wird es Aktionen geben. Eine Infobroschüre zur NPD RLP ist soeben erschienen und kann bestellt bzw. heruntergeladen werden. Es wird Infoveranstaltungen geben. Gegen die NPD-Landeszentrale wird es

am Samstag, den 18. März eine Demonstartion in Pirmasens (Pfalz) geben. Sascha Wagner, Wahlkampfleiter der NPD, hat in Pirmasens ein Haus bezogen, das als Wahlkampfzentrale fungiert. Seitdem gibt es regelmäßig NPD-Infotische, Verteilaktionen und Veranstaltungen der Partei. Die Region ist zu einem Knotenpunkt neonazistischer AKtivitäten geworden, der landesweit Bedeutung hat.

JedeR kann auch selber aktiv werden: Nehmt es nicht hin, wenn die NPD Infostände betreibt und Flugblätter verteilt. Übt Druck auf Gaststätten, Kommunen und Vereine aus, die den Nazis Räume überlassen. Stellt Euch ihren Aufmärschen entgegen. Wenn Ihr Aktivitäten der NPD oder anderer Nazis bemerkt, meldet Euch bei antifaschistischen Initiativen in Eurer Nähe. Jede Info ist wichtig! Wendet Euch gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus im Alltag.

Antifa-Südwest-Koordination

MATERIALIEN UND LINKS

Infos zur Kampagne und zur Demo am 18. März sowie weitere Termine findet Ihr unter **http://www.antifa-sw-de.vu**

Die Broschüre zur NPD Rheinland-Pfalz findet Ihr unter

http://www.antifainfo-npd.de.vu ■

Am 4. Februar fand in Köln die jährliche Tagung der Antifaschistischen Nachrichten statt. Prof. Dr. Klaus Dörre sprach zum Thema „Prekarisierung der Arbeit - Nährboden für extrem rechte Orientierungen?“. Aus Zeitgründen kann dieser Beitrag erst in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht werden. Wir beginnen deshalb die Dokumentation des Treffens mit dem Beitrag von Kemal Bozay zur „Ethnisierung sozialer Konflikte“. Bernhard Schmid, ständiger Autor der AN, brachte in die Diskussion die französische Situation mit ein. Da dazu bereits ausführliche Beiträge in den AN Nr. 24, 25-26/05 erschienen sind, verweisen wir hier auf die weitere aktuelle Berichterstattung.

„Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte“ als Propagandabausteine für rechtsextreme Ressentiments

Thesen für eine konstruktive Diskussion

von Kemal Bozay

Der Ethnisierungs-Begriff gewinnt gegenwärtig vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Problembereiche immer mehr an Bedeutung. Insbesondere haben wir in den vergangenen Jahren verstärkter gesehen, dass der hiesige Globalisierungsprozess Konflikte und Problembereiche in Ethnisierungszusammenhängen – weltweit – weiter ausgebreitet und forciert hat. Nicht zuletzt haben die vielseitigen Diskussionen um den sog. Karikaturenstreit gezeigt, in welchem Maße ethnisch-kulturelle Probleme auch zu Konflikten führen, die in vielfältiger Weise auch auf die Straße getragen werden. Obwohl immer wieder behauptet wird, dass durch die Globalisierung „nationale Grenzen“ überwunden und ethnisch-nationale Konflikte abgebaut werden, sehen wir eine klare Kehrtwende. Zweifelsohne kommen hier vor allem die „Schattenseiten der Globalisierung“ erneut zum Vorschein.

Wenn wir heute vom Terminus „Ethnizität“ ausgehen, so können wir sagen, dass er ursprünglich ein Begriff der Ethnologie ist, der zunächst kulturelle Unterschiede zwischen Gruppen in traditionellen Gesellschaften beschreibt. In der kritischen Wissenschaft wird er sogar als ein soziales Konstrukt gedeutet, dessen Realitätsgehalt auf historische Prozesse zurückzuführen ist (also auf gemeinsame Sprache, gemeinsame kulturelle Praktiken). Weiterhin gibt es Sichtweisen, die behaupten, dass ethnische Gruppen nicht von alleine, sondern durch bestimmte Zuschreibungs- und Definitionsprozesse (Berufung auf Abstammung als Instrument der Unterfütterung von Ansprüchen auf die gemeinsame Ressourcen einer Gesellschaft) entstehen.

Doch mit dem Phänomen der Arbeitsmigration und inzwischen auch der weltweiten Migration hat die Ethnizitäts-Diskussion eine neue Qualität gewonnen. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sprachlicher und kultureller Gruppen umfasst inzwischen alle gesellschaftlichen Bereiche; Probleme, die daraus entstehen, werden in der öffentlich-politischen Diskussionen häufig instrumentalisiert. Hierbei geht es vor allem um eine klare Politisierung des Ethnizitäts-Begriffs.

An Hochkonjunktur haben die Diskussionen um die „Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme“ durch das Werk „The Clash of Civilisations“ von Samuel Huntington gewonnen. Huntington hat hier hauptsächlich ein Bedrohungsszenario entworfen und betont, dass ethnisch-kulturelle Differenzen im Extremfall in bewaffnete Konflikte münden würden. Hier wird der Islam zur Zielscheibe genommen und Hass gegenüber Fremden geschürt. Mit dem 11. September-Syndrom haben diese Diskussionen schließlich eine neue Dimension erreicht, deren Auswirkungen sich auch in Deutschland zeigen.

Kommen wir in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Ethnisierungsdiskussionen und die sog. Debatte um die „Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte“ in der Bundesrepublik Deutschland zurück. In Deutschland ist die Ethnisierungsdebatte von unterschiedlichen Faktoren und Problemen geprägt, die insbesondere in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt sind und Nährboden für rechtspopulistische und rechtsextreme Ressentiments schaffen.

1) In einer zentralen Komponente tritt die Ethnisierungdiskussion in Deutschland als ein Schema der Ausgrenzung hervor. So ist gegenwärtig Ethnisierung ein sozialer Exklusions- und Ausgrenzungsprozess, der in dieser Gesellschaft Minderheiten schafft, sie negativ etikettiert und dadurch Privilegien der dominanten Mehrheit zementiert bzw. festigt. Dahinter verbergen sich häufig auch Konflikte um gesellschaftliche Ressourcen. Vor allem bedeutet Deutsch-Sein unter den Bedingungen des Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuschwächen.

2) Ein weiterer Faktor ist die Herausprägung eines Ethnozentrismus, der eine Eigengruppen-Glorifizierung und eine Fremdgruppen-Diffamierung vorsieht. So haben Ethnisierungsprozesse zwei Seiten: Neben der Stigmatisierung der „Anderen“ erfolgt eine Konstituierung der „Eigenen Volksgemeinschaft“ (also Aufwertung der Eigengruppe). Gerade im Hinblick auf die Ethnisierungsdiskussion verwurzelt diese Auffassung in der Mitte der Gesellschaft, die aber von rechtsextremen Bewegungen und Parteien aufgenommen und politisch instrumentalisiert wird. Dies manifestiert sich in der rechtsextremen Propaganda: z.B. durch die Parole „Zuerst Deutsche“, „Arbeit für Deutsche“ u.ä.

Wir können davon ausgehen, dass der Ethnozentrismus eine besondere Form von Nationalismus und Rechtspopulismus ist, in dessen Mittelpunkt die eigene Kultur steht und im Gegensatz zu anderen Kulturen als überlegen dargestellt wird. Demnach wird die ethnische Differenzierung als Voraussetzung für Rassismus und Diskriminierung genutzt. So werden sowohl in der öffentlich-politischen Diskussion als auch in der Propaganda von Rechtsextremisten „Flüchtlinge“ als „Betrüger“, „Sozialschmarotzer“ diffamiert, die den Wohlstand in Deutsch-land gefährden.

Auch Migranten werden als „radikale Islamisten“ und „Gewalttäter“ bloßgestellt, die den sog. „inneren Frieden“ in Deutschland stören.

3) Ein weiterer Faktor der Ethnisierungsdiskussion in Deutschland ist der Aspekt der Reproduktion und Schaffung von Feindbildern, die in der öffentlich-politischen-medialen Diskussion, aber auch in der Propaganda der Rechtsextremisten zum politischen Instrument gemacht werden.

Gerade Medien leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Konstruktion von Feindbildern. In diesem Sinne werden Roma-Sinti Jugendliche zu „Klaukids“, Kopftuchträger zu „radikalen Islamisten“, türkische Jugendliche zu „potentiellen Tätern“ oder „Gewalttätern“ stigmatisiert. All diese negativen Eigenschaften werden faktisch den Zuwanderern zugeschrieben, sie werden durch diese Verbildlichungen und Stereotypen auch etikettiert. Im engeren Sinne heißt es, dass Probleme einfach ethnisiert wer-

den und bestimmten Zuwanderergruppen zugeschoben werden.

Wir haben das anhand der polarisierenden Diskussionen um die Doppelstaatsangehörigkeit, Restriktionen im Asylgesetz, in der Debatte um das neue Zuwanderungsgesetz, in der Leitkultur-Debatte, in der Auseinandersetzung um die Kopftuchfrage, inzwischen in der Gesinnungsprüfung oder in dem „Gesinnungstest für einbürgerungswillige Muslime“ in Baden-Württemberg, auch in der jüngsten Debatte um das Türkisch-Verbot auf Berliner Schulhöfen gesehen. Auch die jüngsten Darstellungen Mohammeds in der dänischen und französischen Presse haben neue Polarisierungen erzeugt.

Kurzum: all diese Diskussionen skizzieren sich einerseits als Folge der gegenwärtigen ethnisch-kulturellen Auseinandersetzungen, andererseits schaffen sie zweifelsfrei einen Nährboden für rechtspopulistische Meinungen in der Mitte der Gesellschaft und somit auch Handlungsfelder für Rechtsextremisten aller Couleurs.

4) Zuletzt ist als weiterer Faktor hinzuzufügen, dass diese Ethnisierungsprozesse auch als Negativspirale zu sehen sind: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderern abschotten, somit fremdethnisieren, desto mehr verstärkt sich der Rückzug der Zuwanderer aus den Strukturen und Werten der hiesigen Gesellschaft. Hier ist vor allem ein Rückzug in die eigenen „ethnischen Nischen“ zu verzeichnen (Selbstethnisierung).

Schlussfolgernd können wir sagen, dass die Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte auch in Deutschland sich als eine Form der sozialen Ausgrenzung darstellt, die in dieser Gesellschaft Minderheiten konstruiert und schafft, sie diffamiert und stigmatisiert und somit Privilegien der dominanten Mehrheit verfestigt.

Gerade im Hinblick auf die Zuspitzung sozialer und ökonomischer Probleme verstärkt sich ebenso die Ethnisierung sozialer Probleme.

Ethnisch-kulturelle Gruppenzugehörigkeiten werden aktiviert oder erst konstruiert, um sich Vorteile im sozialen und ökonomischen Verteilungskampf zu verschaffen. Das hiesige gesellschaftliche Klima von Verteilungsproblemen und Konkurrenz, Deprivation und verknappten Ressourcen (z.B. Arbeitsplätze) gibt dieser Auseinandersetzung eine neue Dimension. Politik, Gesellschaft und Medien greifen diese Themen vermehrt – häufig auch in dramatisierter Form – auf, die dann von Rechtsextremisten in Propagandabausteine umgewandelt werden.

Kemal Bozay ■

Kemal Bozay: „...ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Wochenschau Verlag, 390 Seiten, brosch., ISBN 3-89974208-7

In seiner Studie richtet der Autor auf Grundlage theoretischer Überlegungen wie auch ausführlicher Interviewsequenzen den Fokus auf eine Entwicklung, die von der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht wahrgenommen wird: Junge, türkischsprachige Migranten fühlen sich nicht als Teil dieser Gesellschaft und ziehen entschiedene politische Schlussfolgerungen. Als praktische Konsequenz entsteht ein rechts-nationalistisches Potenzial, das bereits nach Ausdruck sucht.

Zündel-Prozess bis März vertagt

MANNHEIM. Nach einem erneuten Eklat hat das Mannheimer Landgericht den Prozess gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel vertagt. Der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen warf der Wahlverteidigerin des Angeklagten „empörendes und unerträgliches Verhalten“ vor. „Man kann den Eindruck gewinnen, dass Sie darauf abzielen, die Fortführung der Verhandlung unmöglich zu machen.“ Der 66-jährige Zündel ist wegen Volksverhetzung angeklagt. Der Prozess soll am 9. März fortgesetzt werden. ■

Verwaltungsgericht verhandelt das Berufsverbot gegen Heidelberger Lehrer

KARLSRUHE. Am Freitag, den 10. März 2006 findet vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe eine Verhandlung statt, in der die Klage des Heidelberger Realschullehrers Michael Csaszkóczy gegen das vom Land Baden-Württemberg gegen ihn verhängte Berufsverbot behandelt wird. Csaszkóczy wird seit dem Ende 2003 wegen seines Engagements in antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen die Ausübung seines Berufs verwehrt. Damit wird die seit zwanzig Jahren überwunden geglaubte Berufsverbotspraxis der BRD wiederbelebt. Die BRD war in dieser Angelegenheit bereits 1995 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wegen Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt worden. Gegen die Wiederbelebung der Berufsverbote findet am Samstag, den 25. März 2006 eine Demonstration statt, zu der die GEW-Landesverbände Hessen und Baden-Württemberg und das Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote aufrufen.

Ausführliche Informationen finden sich im Internet unter www.gegen-berufsverbote.de. Für das Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote: Stefan Riedel ■

„Jeder Mensch hat einen Namen“

HAMBURG. Anlässlich des Jom HaShoa, des Shoa-Gedenktages am Dienstag, 25. April 2006, ruft die Jüdische Organisation Norddeutscher Studenten (JONS) e.V. und Arbeitsgruppe Namenlesung dazu auf, auch in Hamburg die Namen der mehr als 25.000 Hamburger Todesopfer des Nationalsozialismus öffentlich hörbar zu machen. Anknüpfend an die eindrucksvolle Aktion im Jahr 1997 soll wieder zwischen 8 und 20 Uhr auf dem Joseph-Carlebach-Platz am Grindelhof gelesen werden, dem Ort der ehemaligen Bornplatz-Synagoge. Die Manifestation soll einen Beitrag dazu leisten, dass die Shoa – die unvergleichbare, systematische Verfolgung und Ermordung des europäischen Judentums durch die Nationalsozialisten – nie vergessen wird. Gedacht werden soll auch der Opfer, die aufgrund ihrer Herkunft, Sexualität, politischen oder gesellschaftlichen Auffassung und ihres Widerstands gegen das Todesregime ermordet wurden. Damit nie wieder geschehe, was damals geschah. Den Namen des Toten auszusprechen bedeutet, ihm ein Stück Anonymität zu nehmen, ihm ein wenig Individualität und Einzigartigkeit zurückzugeben. Helfen Sie mit, damit Hamburg die Namen hören kann: Lesen Sie einen Namen!

Wer die Aktion unterstützen will, kann sich an die Landesvereinigung der VVN-BdA (jeden Mittw., Tel. 040-31 42 54) und/oder an Steffi Wittenberg, email: steffi.wittenberg@t-online.de wenden. ■

In Pößneck ist es 5 vor 12

Am Wochenende 11./12.2. trafen sich bei Pößneck acht Initiativen gegen Rechtsextremismus. Eindringlich warnten sie davor, 2007 die Bundesprogramme zur Finanzierung ihrer Arbeit auslaufen zu lassen. In Thüringen sei die Situation besonders ernst, denn im Gegensatz zu fast allen Bundesländern fehle hier ein Programm gegen Rechtsextremismus.

Pößneck war bewusst als Treff gewählt. Die Stadt hatte im April vergangenen Jahres mit einem Skinhead-Konzert, das nicht verhindert werden konnte, bundesweit auf sich aufmerksam gemacht. Pößneck war auch aufgefallen, weil nach dem Kauf eines großen Veranstaltungsgebäudes durch Neonazis mitten im Zentrum lange nichts unternommen wurde, um das Festsetzen der Rechtsextremen zu erschweren. Die Initiativen verabschiedeten die nachfolgend dokumentierte Erklärung. Im November wird der Ratschlag gegen Rassismus, Antisemitismus und nationalismus in Pößneck stattfinden. *http://lag-antifa.org/* ■

Bild aus Münster vom 18. Februar 2006

Pößnecker Erklärung:

In Pößneck ist es 5 vor 12. Doch nicht nur hier.

Wir, acht bundesdeutsche Initiativen für Demokratiekultur und gegen Extremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, sind hier, um das Pößnecker Aktionsbündnis Courage (ABC) nachhaltig zu unterstützen. Uns eint das Anliegen, zivilgesellschaftliche Werte zu vermitteln und Demokratie auf kreative und friedliche Weise zu verteidigen.

Im Rechtsextremismus sehen wir eine besonders ausgeprägte Gefahr. Er ist kein Randproblem, sondern tarnt und verfestigt sich zunehmend in der Mitte der Gesellschaft - in Ost, wie West. Er zielt auf die Abschaffung der Demokratie und negiert die Gleichwertigkeit der Menschen.

Nicht nur das Pößnecker Schützenhaus droht zu einem Symbol für die deutschlandweite Vernetzung der extremen Rechten zu werden. Das Schützenhaus darf keine weitere Zentrale von Neonazis werden.

Deshalb fordern wir die Stadt Pößneck, den Saale-Orla-Kreis und das Bundesland Thüringen auf, alles Erdenkliche zu tun, dies zu verhindern. Zugleich bitten wir, die Arbeit des überparteilichen Pößnecker Aktionsbündnisses ABC nicht nur ideell, sondern auch praktisch und räumlich zu unterstützen und unsere Jugendarbeit zu einer zentralen, zukunftssichernden Aufgabe zu erklären.

Dazu bedarf es auch der Rückendeckung durch alle hier aktiven demokratischen Parteien, Verbände, gesellschaftliche Gruppen sowie der lokalen Wirtschaft, der es ebenso ein Anliegen sein muss, Pößnecks Ansehen als weltoffene, zivilgesellschaftlich lebendige Stadt zu verbessern. Dies war ein erster, für beide Seiten sehr lehrreicher Erfahrungs- und Ideenaustausch, der von nun an intensiviert werden soll. Unser Ziel ist eine wirksame Vernetzung, der sich weitere Initiativen sehr gerne anschließen können. Eine solche konstruktive Vernetzung empfehlen wir auch anderen - Verwaltungen genauso, wie Schulen, Vereinen und Medien.

Initiativen, wie das ABC Pößneck, das Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen, die Aktion Zivilcourage Pirna, JeP in Potsdam oder das Schülerbündnis Verden und die Jugendinitiative Wunsiedel, brauchen aber nicht nur starken Rückhalt in ihren Kommunen und durch Vernetzung mit anderen Projekten, sondern auch eine Absicherung ihrer Arbeit durch Förderprogramme, wie es sie leider nur noch bis zum Ende dieses Jahres durch die Bundesregierung gibt. Ab dann steht insbesondere in den neuen Bundesländern viel geleistete Aufbauarbeit auf dem Spiel. Hier dürfen sich Bund und Länder nicht aus der Pflicht stehlen. Wir fordern einen zügigen Ausbau und eine Ausdehnung solcher Förderprogramme.

Wir drängen darauf, dass dies bald geschieht, um der Arbeit gegen Extremismus und seine Folgen im Osten und Westen eine zukunftssichere Perspektive zu geben.

Nur mit langem Atem können wir stärker sein als die erklärten Feinde der Demokratie. Noch ist es fünf vor zwölf, doch wenn wir nicht aufpassen, schlägt es 13.

ABC - Aktionsbündnis Courage (www.abc-poessneck.de)
Aktion Zivilcourage e.V., Pirna (www.aktion-zivilcourage.net)
Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen (www.ndk-wurzen.de)
JeP-Jugend engagiert in Potsdam e.V. (www.jep-ev.de)
Verdener SchülerbündnisKONTrassT (www.kontrasst.info)
Jugendinitiative Wunsiedel (www.jugendini-wunsiedel.de)
Amadeu Antonio Stiftung Berlin (www.amadeu-antonio-stiftung.de)
Bildungswerk Blitz e.V. (www.bildungswerk-blitz.de) ■

Hakenkreuzstreit erreicht den Bundestag

BERLIN. Das Vorgehen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Antifaschisten (siehe auch AN3-06) stößt nicht nur bei Beteiligten auf Unverständnis. Sebastian Edathy (SPD), der Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus im Bundestag, nennt die Strafanzeigen wegegn durchgestrichener Hakenkreuze einen „rechtspflegerischen Skandal“. Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus engagierten, würden kriminalisiert. Laut Rechtsprechung seien Handlungen straffrei, die nicht das Ziel hätten, eine Identifikation mit den Zielen der verbotenen Organisation zum Ausdruck zu bringen. Edathy: „Daher ist die Verwendung des durchgestrichenen Hakenkreuzes als Symbol der Ablehnung rechts gerichteten Gedankenguts nicht strafbar.“ Der Bundestagsabgeordnete, der auch Vorsitzender des Innenausschusses ist, will nun prüfen, ob es sich bei den Vorgängen im Ländle um Einzelfälle handelt. Falls nicht, müsse man die Sache „politisch beantworten“.

Edathy hält den Gesetzestext zwar für eindeutig, aber er müsste dann wohl so präzisiert werden, dass ein Missverstehen – auch ein gewolltes, ausgeschlossen sei. Wem auf Grund der Verwendung von Antinazisymbolen eine strafrechtliche Verfolgung droht, den ruft Sebastian Edathy auf, sich zu melden:
Telefon 030/22 77 57 57,
E-Mail: innenausschuss@bundestag.de

Quelle: Stuttgarter Zeitung, 8.2.06 ■

Abschiebestopp durchgesetzt

Das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern erließ am 7. Februar 2006 einen vorläufigen Abschiebestopp nach Togo, als bisher einziges Bundesland. Das ist ein großer Erfolg der antirassistischen Bewegung – aber noch lange kein Sieg. Jetzt gilt es, die grundsätzliche Anerkennung togolesischer Flüchtlinge als asylberechtigt durchzusetzen.

Mehr als 300 togolesische Flüchtlinge allein aus Mecklenburg-Vorpommern sollten in den kommenden Wochen abgeschoben werden. Dagegen regte sich Widerstand bis in die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns: Neben der Kampagne gegen die Diktatur in Togo, Flüchtlingsgruppen, antirassistischen Initiativen und der Bundestagsfraktion der Linkspartei forderten auch die mecklenburgische PDS-Frakion, ihres Zeichens Koalitionspartner der SPD, und alle Mitglieder des Petitionsausschusses des Schweriner Landtags parteiübergreifend den Erlass eines vorläufigen Abschiebestopps. Doch Innenminister Gottfried Timm (SPD) zeigte sich davon unbeeindruckt, noch am 31. Januar ließ er den Oppositionellen Alassane Moussbaou in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Togo ausfliegen (s. AN 3-06).

Am 7. Februar 2006 kursierte das Gerücht, Timm habe Abschiebestopp erlassen. Die Pressestelle des Schweriner Innenministeriums bestätigte diese Meldung gegenüber der Tageszeitung Neues Deutschland (ND). Ein Pressesprecher sagte, der Erlass gelte, bis das Auswärtige Amt einen neuen Lagebericht zu Togo veröffentlichen werde. Wie lange das dauert, kann niemand sagen, nicht einmal die Pressestelle des Auswärtigen Amtes in Berlin: Der Bericht sei so geheim, dass nicht einmal das Datum seiner Veröffentlichung bekannt werden dürfe, erläuterte ein Pressesprecher dem ND.

Bereits einen Tag vorher, am 6. Februar 2006, wurde überraschend die Abschiebehaft für Adzrakou Komi Anani aufgehoben. Der togolesische Oppositionelle war am 16. Januar 2006 in die Abschiebeabteilung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bützow verbracht worden und umgehend in den Hungerstreik getreten. Wenige Tage später wurde er gemeinsam mit Mousbaou, der sich dem Protestfasten angeschlossen hatte, in die Krankenstation der JVA verlegt. Von dort aus wurde er nach der Abschiebung Mousbaous in die Warnow-Klinik nach Rostock verlegt, dort total abgeschirmt, mit Fußfesseln ans Bett gekettet und strengstens bewacht. Inzwischen ist er ein freier Mann und setzt seinen Widerstand gegen das Regime in Togo und die Kollaboration der Bundesregierung fort.

Dass die Situation in Togo sich nach den Wahlen im April 2005 drastisch verschärfte, ist den deutschen Behörden durchaus bekannt. Trotzdem wird in das westafrikanische Land abgeschoben. Die grundsätzliche Entscheidung über Asylanträge obliegt dem Bundesamt für Flüchtlingsfragen (BAFL) in Nürnberg. Das Bundesamt entscheidet aufgrund der Berichte über die asyl- und abschiebungsrelevante Situation der jeweiligen Länder, die vom Auswärtigen Amt verfasst werden. Diese so genannten Lageberichte werden auch bei Asylverfahren vor Gericht herangezogen. Im Falle von Togo konstatierte das Auswärtige Amt bereits in der Vergangenheit die „faktische Alleinherrschaft“ Gnassingbé Eyademas, eine „nicht als unabhängig“ zu bezeichnende Justiz, massive Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Pressefreiheit, Repressionen vor allem gegen regimekritische Medien sowie Journalisten und Verleger, „überaus harte Haftbedingungen“, „das wiederholte Eingreifen der Sicherheitskräfte in die innenpolitische Auseinandersetzung“, eine „große Diskrepanz zwischen Verfassung sowie geltenden Rechtsnormen einerseits und ihrer tatsächlichen Beachtung und Umsetzung andererseits“, kurzum, „ein Klima subtiler politischer Einschüchterung“ in dem durchaus handfeste Methoden wie extralegale Hinrichtungen angewandt werden (Lagebericht vom 7. Juni 2004). Doch in all dem sieht das BAFL keinen Grund, politische Verfolgung anzuerkennen und Asyl zu gewähren – anders als die Behörden in der Schweiz, dort werden 70% aller Flüchtlinge aus Togo anerkannt. *Birgit Gärtner* ■

Auffanglager für Flüchtlinge außerhalb der EU

BERLIN. Der Plan der EU, noch im Jahr 2006 gemeinsam mit den Vereinten Nationen außerhalb der EU-Grenzen erste Auffanglager im Rahmen „regionaler Schutzprogramme“ (Regional Protection Programmes, RPP) für Flüchtlinge zu errichten, ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke (16/492). Nach Angaben der Regierung sollen in einem Pilotprojekt des RPP Flüchtlinge zunächst in Auffanglager in Tansania, der Ukraine und in Moldawien gebracht werden, „um sie dort über ihre Situation aufzuklären und sie davon abzubringen, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen“. Dies werde von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, so die Linksfraktion, als „weitere Abschottung des EU-Raumes“ abgelehnt. Ein Wegschieben der Verantwortung in Länder, die der Flüchtlingsproblematik wegen eigener Strukturschwächen nicht gerecht werden könnten, stelle internationale Standards und grundlegende Rechte von Flüchtlingen in Frage. Die Regierung soll darlegen, welche RPP-Vorhaben noch in diesem Jahr als „europäischer Beitrag zur Entwicklung betroffener Staaten“ realisiert werden. Gefragt wird dazu, in welchen Staaten außer Libyen solche Einrichtungen existieren, die als Vorbild für die genannten Schutzzentren dienen können. Außerdem will die Linksfraktion wissen, wie gewährleistet werden soll, weitab von Europa untergebrachte Flüchtlinge vor physischer Gewalt, akutem Versorgungsmangel und anderen Unsicherheiten zu schützen und ob sich eine große Flüchtlingszahl in ohnehin strukturell unterversorgten Regionen oder Krisengebieten destabilisierend auswirkt. Schließlich soll die Regierung erläutern, welche Rolle Nichtregierungsorganisationen bei der Planung und Durchführung haben, welche staatlichen Behörden Asylanträge von Flüchtlingen in den Schutzzonen bearbeiten sollen und von welchen Stellen welcher Nation darüber entschieden wird. *rül* ■

Rettet den Bayerischen Flüchtlingsrat!

MÜNCHEN. 2006 sollte unser großes Jubeljahr werden. Seit 1986 gibt es den Bayerischen Flüchtlingsrat nun schon, stolze 20 Jahre! Völlig überraschend wurden uns jetzt die EU-Fördermittel gestrichen. Unser Jubiläumsjahr könnte nun auch unser letztes werden!

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates zählt zu den wichtigsten verbleibenden Strukturen für die unabhängige aktive Flüchtlingssolidarität in Bayern. Hier erhalten Flüchtlinge, MigrantInnen, Illegalisierte und ihre UnterstützerInnen bayernweit kompetente Beratung, Rechtsanwälte und Rechtshilfe werden vermittelt, Proteste und Kampagnen werden entwickelt, umgesetzt und koordiniert.

Ob es um den Protest gegen Lager, die Essenspakete, Abschiebepraktiken, Bleiberecht oder Abschiebehaft geht – der Bayerische Flüchtlingsrat sorgt seit Jahren mit seinen Partnern dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit Resonanz finden. Viel wurde gestrichen und gekürzt in den letzten Jahren, so dass der Bayerische Flüchtlingsrat und seine Geschäftsstelle eine viel gefragte überregionaleAnlaufstelle in Sachen Flucht und Asyl in Bayern ist. Flüchtlingsorganisationen wie z. B. die Karawane sind dringend auf unsere Unterstützung angewiesen (Know how, Fax-, Computer-, Büronutzung etc.) um ihre Proteste durchführen zu können.)

weiter Seite 12

Wir wollen nicht aufgeben! Wir wollen versuchen unsere Geschäftsstelle zu erhalten. Trotz sparsamster Haushaltsführung fehlen uns für 2006 aber immer noch rund 14.000 Euro. Gelingt es uns, bis Ende Mai – 200 neue Fördermitglieder zu werben – sind wir vorerst über dem Berg! Deshalb: Werden Sie oder werben Sie ein Fördermitglied! Mit einem Jahresbeitrag von 60,– Euro, also nur 5,– Euro im Monat helfen Sie uns nachhaltig!

www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Katholisches Forum Leben zum Umgang mit „Illegalität"

BONN. Menschen, die ohne Aufenthaltsrecht – in der Illegalität – in Deutschland leben, befinden sich häufig in einer schwierigen und verzweifelten Lage. Das Katholische Forum Leben setzt sich deshalb in Gesellschaft und Politik für einen anderen Umgang mit „illegalen" Migranten ein. Ein erstes Ziel des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität" ist nun erreicht. Das sagte der Vorsitzende, Weihbischof Dr. Josef Voß (Münster), nach der Mitgliederversammlung des Forums am 31. Januar in Bonn. „Nachdem das Thema jahrelang tabuisiert wurde, ist es nun gelungen, die humanitären Aspekte der illegalen Migration auf die politische Tagesordnung zu heben." So mache der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ausdrücklich erteilte „Prüfauftrag" für den Bereich Illegalität deutlich, dass der dringende Handlungsbedarf nun auch seitens der Politik erkannt wird. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe inzwischen einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der sozialen Situation von Menschen in der Illegalität in den Bundestag eingebracht.

Die Kirche fordere seit Jahren, auch Menschen ohne Aufenthaltsrecht die Inanspruchnahme zentraler sozialer Rechte (wie medizinische Notfallversorgung, Schulbesuch von Kindern und Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung) zu ermöglichen.

Des Weiteren, so die Mitgliederversammlung, sollte rechtlich klargestellt werden, dass sich Personen und Organisationen nicht strafbar machen, die sich aus humanitären Gründen um diese Menschen kümmern. Humanitäre Hilfe etwa durch Ärzte, Seelsorger und Sozialarbeiter wird nach Überzeugung des Katholischen Forums nicht von den Straftatbeständen der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt erfasst. Menschen, die im Rahmen ihrer beruflichen Aufgaben humanitäre Hilfe leisten, dürfen nicht der Gefahr der Strafverfolgung ausgesetzt sein.

Weitere Informationen: Katholisches Forum Leben in der Illegalität Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin, www.forum-illegalitaet.de ■

Islamische Verbände zum baden-württembergischen „Gesprächsleitfaden"

Grundgesetzwidriges und integrationsfeindliches Sonderrecht gegen Muslime

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg (IGBW) haben den Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner um eine „rechtspolitisch-gutachterliche Stellungnahme" zu dem umstrittenen baden-württembergischen „Gesprächsleitfaden für Einbürgerungsbehörden" gebeten. Am 12.1. hat Gössner, der auch Vorsitzender der Internationalen Liga für Menschenrechte ist, die Stellungnahme vorgelegt, am 23.1. haben die muslimischen Verbände sie in der Landespressekonferenz Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ihr Ergebnis ist eindeutig:

„Der Gesprächsleitfaden muss aus verfassungs- und datenschutzrechtlichen sowie aus rechtspolitischen Gründen so schnell wie möglich zurückgezogen werden. Er schadet auch integrationspolitisch weit mehr, als er nützt. Mit der Beendigung dieser Praxis wäre auf diesem Gebiet auch die eklatante Ungleichbehandlung von Muslimen behoben."

Theoretisch könnte, so Gössner, diese Ungleichbehandlung auch dadurch beendet werden, dass in Zukunft alle Einbürgerungswilligen mit diesem Gesprächsleitfaden konfrontiert würden. „Gegen eine weitere Verwendung des Gesprächsleitfadens spricht allerdings, dass die darin enthaltenen Fragen für sich genommen diskriminierenden, inquisitorischen und vorurteilsbeladenen Charakter haben und zudem für den angestrebten Zweck, das Bekenntnis zum GG zu überprüfen, weitgehend untauglich sind. Auch eine nichtdiskriminierende Anwendung des Gesprächsleitfadens auf alle Einbürgerungswilligen wäre deshalb in hohem Maße problematisch. Denn die über den Vorwurf der Ungleichbehandlung hinausgehenden verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Einwände gegen die Fragestellungen und das Prozedere wären damit nicht aus dem Weg geräumt."

Betroffene, die in ihrem Einbürgerungsverfahren mit diesem Fragebogen konfrontiert werden, sollten deshalb, so der Rat Gössners, auf die Fragen aus dem Gesprächsleitfaden möglichst nicht antworten und mit Verweis auf die öffentliche Debatte und auf die verfassungsrechtlichen Bedenken erklären, dass sie zunächst Rechtsrat einholen wollten. Daraus dürfe ihnen kein Nachteil entstehen.

Sollte ihre Einbürgerung aufgrund dieses durchgeführten Gesinnungstests abgelehnt werden, so Gössner weiter, dürfte es sich in vielen Fällen lohnen, den Verwaltungsrechtsweg zu beschreiten, also gegen die Ablehnung zu klagen.

Falls von den Behörden keine weiteren Gründe – z.B. Mitteilungen des Verfassungsschutz – vorgelegt würden, hätten solche Klagen durchaus Aufsicht auf Erfolg, meint der Anwalt. Falls die erforderlichen Voraussetzungen gegeben seien, sollte auch eine Verfassungsbeschwerde gegen die Gesinnungstests geprüft werden.

Sonderrecht für Muslime

Das baden-württembergische Innenministerium begründet den Gesprächsleitfaden, der seit 1.1.06 Anwendung findet, damit, dass das Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bei der Einbürgerung keineswegs als Formalie gehandelt werden dürfe, sondern überprüft werden müsse.

Dass schon das bestehende Einbürgerungsrecht eine Fülle von Hürden enthält – in der Regel acht Jahre Aufenthalt vor Einbürgerung, Bestreitung des Lebensunterhalts aus eigener Arbeit, Deutschkenntnisse, Überprüfung durch den Verfassungsschutz, Gebühren von 500 Euro pro Einbürgerung usw. – mit der Folge, dass die BR Deutschland noch immer eines der europäischen Länder mit der geringsten Einbürgerungsquote ist, ignorieren die Landesregierung in Baden-Württemberg und die anderen Unionsländer dabei vollständig.

Hinzu kommt, dass der Gesprächsleitfaden keineswegs an irgendwelchen „Verdachtsgründen" anknüpft, sondern schlicht an der vermuteten Religion „muslimisch". Betroffen, so Gössner, seien Einbürgerungsbewerber aus 57 islamischen Ländern mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil, darunter Staaten wie die Türkei, Iran, Afghanistan, Indonesien usw. Das betrifft rund 60% aller im Jahr 2004 in Baden-Württemberg Eingebürgerten. Gössner verweist auf eine Pressemitteilung des baden-württembergischen Innenministeriums vom 14.12.05. Darin habe

das Ministerium explizit von „Zweifeln, ob bei Muslimen generell davon auszugehen sei, dass ihr Bekenntnis bei der Einbürgerung auch ihrer tatsächlichen inneren Einstellung entspricht“, gesprochen. Mit sonstigen Einbürgerungsbewerbern werde ein solches Intensivgespräch nur dann geführt, „wenn bekannt sei, dass sie islamischen Glaubens seien oder bei denen im Einzelfall Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Bekenntnisses“ (ebenda) bestünden.

Das Innenministerium begründet seine pauschalen Verdächtigungen von Personen muslimischen Glaubens mit vier „Erkenntnissen“:

Infostand auf einer Kundgebung gegen den Gesinnungstest am 11.2. in Stuttgart, an der sich 1000 Menschen beteiligten.

1. habe eine Untersuchung des Zentralinstituts Islam Archiv ergeben, dass 21% der in Deutschland lebenden Muslime der Auffassung seien, das Grundgesetz sei nicht mit dem Koran vereinbar.

2. Nach diversen Veröffentlichungen würden „mitten in Deutschland die Menschenrechte Tausender islamischer Frauen mit Füßen getreten, weil sie in ihren Familien praktisch wie Sklavinnen … gehalten würden“,

3. komme hinzu, „dass gerade bei Muslimen Tendenzen zur Abgrenzung von der deutschen Bevölkerung zu beobachten seien“. Das komme auch in Begründungen von Tätern so genannter „Ehrenmorde“ wie im letzten Jahr bei dem Mord an der türkisch-stämmigen Berlinerin Hatun Sürücü zum Ausdruck.

4. stünden Menschenrechte im Islam generell unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit der Scharia.

Dass analoge Vorwürfe auch gegen christliche Fundamentalisten oder die katholische Amtskirche vorgebracht werden könnten (Stichworte Abtreibung, Gleichberechtigung der Frau …), stört die baden-württembergischen Behörden dabei nicht im Geringsten.

In einer kürzlich in der „Zeit“ veröffentlichten Erklärung haben zahlreiche Migrationsexperten zudem darauf hingewiesen, dass nicht wenige der von den Innenministern für ihre Behauptungen herangezogenen Veröffentlichungen (etwa das von Ex-Innenminister Schily öffentlich empfohlene Buch von Necla Keleks „Die fremde Braut“) unwissenschaftlich und unseriös argumentierten. „Dass Politik mit Hilfe der Medien zur Verbreitung solch unseriöser Literatur beiträgt, um eigene integrationspolitische Fehler im Umgang mit dem Thema Zuwanderung zu verschleiern – diese Entwicklung beobachten wir mit Besorgnis“, heißt es da (in: „Gerechtigkeit für die Muslime!“, Die Zeit, 04/2006). Arrangierte Ehen beispielsweise seien eine Folge von Heiratsmärkten zwischen Herkunfts- und Einwanderungsländern und damit „das Ergebnis der Abschottungspolitik Europas gegenüber geregelter Einwanderung“. Sie seien damit „ein politisches und kein moralisches Problem“.

Trotzdem scheinen die Innenminister fest entschlossen, nun die Ernte solch unseriöser Veröffentlichungen einzuholen. Alle einbürgerungswilligen Muslime müssen nun jedenfalls in Baden-Württemberg, ohne dass sie hierfür einen konkreten Anhaltspunkt bieten, erklären, ob sie möglicherweise frauenfeindlich, kriminell, terroristisch oder verfassungsfeindlich sind, ob sie ihre Frauen schlagen, mit zwei Frauen gleichzeitig verheiratet sein wollen, ob sie ihre Töchter einsperren, ihre Kinder am Sportunterricht hindern wollen, eine Frau oder einen Homosexuellen in leitender beruflicher Stellung oder in der Politik nicht anerkennen, einen schwulen Sohn verstoßen würden usw. usf. „Mit den teils moralisch aufgeladenen Fragen wird letztlich klischeehaft unterstellt, dass Muslime grundsätzlich, zumindest tendenziell demokratiefern und verfassungsfeindlich eingestellt seien, gewaltgeneigt bis terroristisch, Frauen unterdrückend, antisemitisch, homophob und bigamistisch“, so Gössner.

Keine Verfassungsrelevanz

Viele dieser Fragen hätten zudem, so Gössner weiter, gar keine Verfassungsrelevanz. Fragen nach dem Verhalten bei Verletzung religiöser Gefühle oder im Fall von Beleidigungen, nach dem Verhalten gegenüber weiblichen Autoritätspersonen, nach der Wahl eines Arztes oder einer Ärztin, der Einmischung in die Berufswahl der Kinder oder in deren Teilnahme am Sportunterricht oder nach homosexuellen Söhnen oder Politikern hätten allesamt „nichts mit der Verfassungskonformität oder Verfassungsfeindlichkeit“ zu tun. Sie schössen weit über die zulässigen Fragen nach der Verfassungstreue hinaus und seien schon deshalb unzulässig.

Unpräzise, unverständlich

Andere Fragen, in denen direkt nach der Einstellung zur Verfassung gefragt werde, seien unverständlich und unpräzise. So werde in Frage 2 gefragt: „Was halten Sie von folgender Aussage: Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, die wir haben, aber die beste, die es gibt.“ Wer der Frage zustimme, so Gössner, stufe damit die Demokratie als „schlechteste Regierungsform, die wir haben“, ein. Sei das möglicherweise ein Ablehnungsgrund? Gössner verweist darauf, dass die Frage fast identisch sei mit einer berühmten Aussage des britischen Premierministers Winston Churchill. Churchill hatte am 11. November 1947 im britischen Unterhaus erklärt: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, wie sie von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Wenn eine Zustimmung zu Frage 2 als Ablehnungsgrund gelte, so Gössner, wäre der britische Premier niemals deutscher Staatsbürger geworden.

Ungeeignet, unverhältnismäßig

Hinzu komme, so Gössner weiter, dass die Fragen auch einfach ungeeignet seien. Ihm sei jedenfalls kein Fall bekannt, in dem ein (potentieller) Terrorist anhand solcher Selbstauskünfte entdeckt worden sei. „Hängen bleiben wohl eher die arglosen Kandidaten“. Zudem stünden die meisten Fragen in keinem angemessenen Verhältnis zu ihrem Zweck, verstießen also gegen den verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Etliche Fragen verstießen zudem gegen den Schutz der Intimsphäre und des Kernbereichs privater Lebensgestaltung – so zum Beispiel Fragen nach familiären Verhaltensweisen oder sexueller Orientierung. „Viele Antworten auf die Fragen des Gesprächsleitfadens gehen den Staat prinzipiell nichts an – etwa die Einstellung zum Schwulsein. Wie überhaupt den Staat die Gesinnung und Lebensführung seiner Bürger prinzipiell nichts angehen – es sei denn, dabei geht es um Gesetzesbruch bzw. strafbare Handlungen.“

Die Fragen erinnerten ihn stark an die Gesinnungstests der berüchtigten Berufsverbote der 70er und 80er Jahre, so Gössner weiter. Europäische Gerichte haben solche Fragen und darauf basierende Entscheidungen inzwischen mehrfach als verfassungs- und menschenrechtswidrig abgelehnt.

„Alles in allem ist festzustellen, dass es sich bei dem Gesprächsleitfaden entweder um irrelevante oder wirklichkeitsfremde Fragen handelt oder um unzulässige Fang- und Suggestivfragen.“ „Sie sind für ein Einbürgerungsverfahren ungeeignet, weil es hier um die Abfrage von Weltanschauungen geht, die in einer pluralen Gesellschaft nicht nur erlaubt, sondern qua Verfassung toleriert werden. Von den Neubürgern soll offenbar mehr erwartet werden als von Durchschnittsdeutschen.“

Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot

Schließlich, so Gössner, verstoße schon allein die Tatsache, dass der Gesprächsleitfaden pauschal bei Muslimen zum Einsatz kommen solle, gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 GG. „Nach Art. 3 Abs. 1 GG sind alle Menschen vor

dem Gesetz gleich.“ In Absatz 3 heiße es dann sogar ausdrücklich: „Niemand darf wegen … seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Im vorliegenden Fall aber würden alle Menschen (mutmaßlich) muslimischen Glaubens gegenüber anderen (Nichtmuslimen) ungleich behandelt und damit benachteiligt.

Das sei sachlich nicht gerechtfertigt, sondern willkürlich und ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot. Dieses Diskriminierungsverbot aber habe die Bundesrepublik auch in internationalen Abkommen als allgemeines Menschenrecht anerkannt, so in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Zudem untersage auch die Anti-Diskriminierungsrichtlinie der EU (2000/43/EG, Amtsblatt Nr. L 180 v. 19.7.2000, Seite 22 -26) ein solches Verfahren.

Einbürgerung rückläufig, Abschottung steigt

Der Sprecher des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Mounir Azzaoui, hat auf einer gleichzeitigen Pressekonferenz am 23. Januar in Berlin verlangt, der baden-württembergische Gesprächsleitfaden müsse zurückgezogen werden. Das ist auch die Position der anderen muslimischen Verbände.

Irgendwie scheint inzwischen auch den Unionsparteien zu schwanen, dass sie zu weit gegangen sind. An der Absicht, die Bundesrepublik weiter gegen Einwanderung abzuschotten und Einbürgerungen noch mehr zu erschweren, wollen sie aber festhalten. Auf einer Tagung der Unions-Innenminister am 2. Februar einigten diese sich nach Presseberichten auf einen 10-Punkte-Plan, der unter anderem erneute Änderungen im Zuwanderungsgesetz erreichen will. So sollen nun alle Einbürgerungswilligen zusätzlich zu den bisher schon bestehenden Hürden künftig auch einen „Informationskurs“ z.B. an Volkshochschulen besuchen, der mit einem Test endet, den sie bestehen müssen. Auch bei den Sprachtests sollen die Hürden höher als bisher gelegt werden. Die Innenminister von Bayern, Hessen und Niedersachsen wollen diese Ziele nun gemeinsam mit dem Vize-Fraktionschef der Union im Bundestag, Wolfgang Bosbach, in die Beratungen von Bundesrat und Bundestag einbringen.

Das Ergebnis wird weitere Abschottung sein. Dabei sind nach der rot-grünen Reform des Einbürgerungsrechts 1999 ohnehin die jährlichen Einbürgerungszahlen nur vorübergehend angestiegen und seit 2000 kontinuierlich rückläufig.

Am 20. Juli 2005 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die bisher letzten Einbürgerungszahlen für 2004. Hier die damit verbundene Tabelle der Einbürgerungen in den letzten fünf Jahren:

Jahr	Einbürgerungen
2000	186.688
2001	178.098
2002	154.547
2003	140.731
2004	127.150

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 20.7.2005, www.destatis.de

Das Statistische Bundesamt nennt ebenfalls für 2004 für die „ausländische Wohnbevölkerung“ in der Bundesrepublik eine Zahl von 7,288 Millionen Personen. Das bedeutet: Blieben die Einbürgerungszahlen so niedrig wie 2004, würde es noch 57 Jahre dauern, bis alle in der Bundesrepublik lebenden Personen ausländischer Staatsangehörigkeit eingebürgert wären. Der Union ist offenbar selbst diese skandalös niedrige Einbürgerungsquote noch viel zu hoch.

rül ■

Keine Aufgabenerweiterung der Bundeswehr

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) protestiert gegen die schleichende Aufgabenerweiterung der Bundeswehr wie sie gegenwärtig von den CDU/CSU-Ministern in Bund und Ländern erörtert werden.

Die Bundeswehr soll „polizeiähnlich“ im Innern der Bundesrepublik eingesetzt werden, und die Polizei soll mit soldatischen Fähigkeiten künftig auch Auslandseinsätze absolvieren. Darauf laufen die sicherheitspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU-Minister hinaus. Schon lange fordern die Unionssicherheitsexperten, dass alles, was Uniform trägt, unter ein Kommando soll.

Vor dem Hintergrund der Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft und der Besorgnis um kulturelle Konfrontationen im Karikaturenstreit und mögliche terroristische Bedrohungen versucht der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, sich zum obersten Sicherheitsminister aufzuschwingen und auch die Bundeswehr unter sein Kommando zu bekommen, um sie im Innern einzusetzen. Das soll im Zuge der Amtshilfe geschehen, wonach die Polizei und damit der Innenminister die Bundeswehr anfordern kann. Schon jetzt sind 2000 Soldaten abkommandiert worden, Kasernen wurden für die WM bereitgestellt und die Versorgung von Polizei und Truppe aus Bundeswehrbeständen geregelt, wie Minister Franz Josef Jung mitteilte. Die Luftraumüberwachung soll der Bundeswehr und der NATO übertragen werden, obgleich ein entsprechendes Gesetz nicht rechtskräftig ist.

Die VVN-BdA verurteilt diese Pläne. Erneut soll offenbar eine Grundgesetzänderung durch Manipulationen und Uminterpretierungen erreicht werden, ohne den Text des Grundgesetzes zu ändern. Das aber ist verfassungswidrig. Das Grundgesetz bestimmt eindeutig, dass außer zu den im Grundgesetz genannten Aufgaben die Bundeswehr nicht eingesetzt werden darf. Polizeiaufgaben gehören nicht zum Aufgabenkatalog der Bundeswehr.

Die VVN-BdA appelliert an die Gewerkschaften, an die demokratischen Medien, an alle Demokraten, den Grundgesetzbruch zu Lasten der Demokratie und Freiheit der Bürger nicht zuzulassen.

Die VVN-BdA erinnert an den Widerstand gegen die Notstandsgesetze zu Zeiten der vorletzten Großen Koalition. Was heute geplant werde, gehe weit über das damals von den Regierenden und Militär angestrebte hinaus.

bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.vvn-bda.de ■

Köln: Soldatengottesdienst 2006 Verteidigungsminister Jung zeigte sich zufrieden beim anschließenden Empfang: Die Soldaten hätten mehr über den „Sinn des Lebens“ erfahren – natürlich wichtig für Bundeswehrsoldaten, die bald in risikoreichere Gebiete Afghanistans verlegt werden sollen. Gegen diese Absegnung der deutschen Kriegspolitik demonstrierten erfreulicherweise 25 Personen und forderten „Wiederentwaffnung“ der Bundeswehr ein. Auf einem Transparent wurde der Einsatz der Bundeswehr im Innern als Idee von gefährlichen Spinnern bezeichnet. *gba* ■

Friedensbewegung mobilisiert gegen drohenden Iran-Krieg

KASSEL. Auf einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Kassel am 5. Februar 2006 berieten über 40 VertreterInnen von Friedensinitiativen und -organisationen aus ganz Deutschland über Möglichkeiten, den drohenden Krieg gegen Iran zu verhindern. Eingeladen zu diesem Treffen hatte der Bundesausschuss Friedensratschlag. Die Friedensbewegung war sich über folgende sechs Essentials einig:

1) Es gibt kein politisches Ziel, das einen Angriffskrieg rechtfertigen könne. Das Gewaltverbot der UN-Charta muss auch von den Großmächten eingehalten werden.

2) Kein Krieg gegen Iran! Kooperation statt Eskalation. Stopp aller Kriegsvorbereitungen gegen Iran – Beendigung aller direkten oder indirekten Drohungen gegen Israel.

3) Der Atomwaffensperrvertrag muss eingehalten werden. Der Iran wird aufgefordert, seine Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde fortzusetzen (Art. 3 NPT) und weiterhin Inspektionen zuzulassen.

4) Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) muss auch von den Atomwaffen besitzenden Staaten eingehalten werden. Das heißt: Atomwaffen müssen abgerüstet werden (Art. 6 NPT).

5) Entschärfung des Konflikts zwischen dem Iran und anderen Regionalmächten durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, so wie es die Resolution der IAEA vom 5. Februar 2006 vorsieht (Gov 2006/14, Ziffer m).

6) Keine deutsche Beteiligung an einer Vorbereitung eines Krieges gegen den Iran. Jede völkerrechts- und grundgesetzwidrige Kriegsvorbereitung wäre ein Fall für den Generalbundesanwalt (siehe dessen Schreiben vom 26. Januar 2006; Az. 3 ARP 8/06-3). Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass auch die US-amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen.

Die Versammlung in Kassel schlägt der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung, den Gewerkschaften und Kirchen, den Universitäten und Schulen einen „Fahrplan“ vor, der aus Informations- und Aktionselementen besteht und in gemeinsame bundesweite und internationale Antikriegs-Proteste münden soll.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden ■

Frank Baier und die Grenzgänger: 1920

Die Bremer Folk-Avantgardisten „Grenzgänger“ haben sich für ihr aktuelles Programm mit dem als „Mister Ruhrgebiet“ bekannten Duisburger Frank Baier zusammengetan. Sie spielen Lieder und Texte aus der „größten Aufstandsbewegung, die es in Deutschland seit den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts gegeben hat“, dem nahezu völlig vergessenen Volksaufstand im Frühjahr 1920 im Anschluss an den Kapp-Putsch. Es werden unbekannte Volkslieder, anarchistische Sprachgewitter, Rap, Balladen, aber auch Stücke von Rio Reiser, Erich Mühsam, Kurt Tucholsky, Oskar Kanehl und anderen zu hören sein.

19. März 2006, 20.00 Uhr
Zentrum Altenberg, Oberhausen

Veranstalter: Geschichtswerkstatt Oberhausen e.V., weitere infos:
www.geschichtswerkstatt-oberhausen.de
info@geschichtswerkstatt-oberhausen.de

:ostritt

Besonders viele Exemplare der Silberplakette gibt es nicht. Eine limitierte Auflage von 100 Stück hat die rumänische Regierung im Jahr 2003 prägen lassen, als sie das zehnjährige Bestehen des rumänischen Minderheitenrates feierte. Vergeben wird die Plakette im Allgemeinen an Rumäninnen und Rumänen. Eine Ausnahme macht Bukarest nur in besonders wichtigen Fällen. Ein solch wichtiger Fall liegt offenbar bei den Regionalorganisationen der deutschen Umgesiedelten vor.

Wie der DOD berichtet, haben der Berliner Landesvorsitzende der Banater Schwaben, Ernst Meinhardt, und der Berliner Landesvorsitzende der Siebenbürger Sachsen, Johann Schöpf, bereits am 21. November die Silberplakette der rumänischen Regierung erhalten. Besonders Meinhardt hat sich dem DOD zufolge große Verdienste erworben. Einen zweifachen Anlass habe der Bukarester Staatssekretär und Leiter des Departements für Interethnische Beziehungen bei der Ehrung genannt: Zum einen die „Brückenfunktion“, die Meinhardts Banater Schwaben im Verhältnis zu Rumänien einnähmen; zum anderen „die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in Berlin“.

Meinhardt spielt tatsächlich eine prominente Rolle bei den Banater Schwaben. Als er 1983 den Vorsitz des Berliner Landesverbandes übernahm, war dieser faktisch nicht mehr existent. Meinhardt, damals als Rundfunkjournalist beim RIAS tätig, baute die Organisation wieder auf – mit Hilfe des damaligen Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA), der den Banater Schwaben in Berlin bei der Durchführung eines umfangreichen Kulturprogramms zur Revitalisierung ihres Verbandes behilflich war. Meinhardt schreibt bis heute für die VDA-Zeitschrift „Globus“, beruflich ist er immer noch als Rundfunkjournalist aktiv – inzwischen bei der Deutschen Welle.

Die Verleihung der Silberplakette an die Funktionäre der Umgesiedelten fand im Büro einer weiteren deutschen Rumänien-Aktivistin statt: Im Büro von Bundestags-Vizepräsidentin Susanne Kastner (SPD). Kastner ist Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe, des Deutsch-Rumänischen Forums und der Rumänien-Soforthilfe. Seit je wehrt Kastner Vorwürfe ab, die SPD entziehe der Deutschtums-Politik die finanzielle Grundlage. „Unsere Bundesregierung hat sich schon immer für eine Weiterführung der Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland ausgesprochen“, bekräftigte sie Ende 2002: Eine „Umstrukturierung“ gebe es nur bei der Wirtschaftsförderung. Denn die werde nicht mehr vom Bundesinnenministerium, sondern vom Entwicklungsministerium betrieben (vgl. AN 23/2005). *jk - nach DOD 1/2005* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Braunes Mimikry oder „Antiimperialismus“ von rechts

Nation & Europa Februar 2006

Rechte, die sich als Linke, als Antikapitalisten oder Antiimperialisten tarnen, um unter diesen Deckmänteln ihr völkisches und antidemokratisches Weltbild ungestört verbreiten zu können, sind keine Neuheit. Neu könnte vielleicht sein, dass sich junge, flexible Neonazis mittlerweile auch der kulturellen Ausdrucksformen der antifaschistischen Jugendbewegung bedienen. Politische Mimikry aber ist ein Bestandteil reaktionärer und faschistischer Politik und Ideologie seit dem royalistischen Widerstand gegen die Französische Revolution.

Das Februarheft von „Nation & Europa“ enthält diese Strategie geradezu lehrbuchmäßig. Das beginnt beim Titelbild: Eine Luftaufnahme diverser Gebäude, darunter eines, dass ein Reaktor sein könnte, ist mit „israelische Atomwaffen-Fabrik Dimona“ überschrieben. Am unteren Rand der Seite ist die Frage „Wie lange noch?“ in Signalgelb zu lesen, darüber wurde, damit auch der Dümmste merkt, um was es Herausgebern und Redakteuren geht, ein gelber, sechszackiger „Davidstern“ gesetzt. Der Unterschied zum Stern, den Jüdinnen und Juden im deutschen Faschismus tragen mussten, besteht nur darin, dass dem Stern des Umschlagbildes ein Zeichen für Radioaktivität eingeschrieben wurde. Auf diese Weise wird Antiimperialismus (in der berechtigten Kritik an der Atomrüstungspolitik Israels) vorgespielt, wo es in Wahrheit, der Stern macht es mehr als deutlich, um Antisemitismus geht.

N&E-Herausgeber HARALD NEUBAUER geht in seinem Editorial ähnlich vor: Zuerst berechtigte Kritik an der Politik des Westens gegenüber dem Irak, dann an der israelischen nuklearen Aufrüstung und deren Totschweigen durch die gleichen Staaten, die gegen den Iran mobil machen und dann die revisionistische Wendung (für die der iranische Präsident Ahmadinedschad die Vorlage lieferte): „Kein Wunder also, daß nun die iranische Regierung eine internationale Experten-Konferenz einberufen will, um überprüfen zu lassen, ob jede ‚Holocaust‘-Erzählung der geschichtlichen Wahrheit entspricht. Oder ob einiges nur heutige Machtansprüche rechtfertigen soll. Westliche Historiker werden sich ihre Teilnahme allerdings gut überlegen müssen. Die Hinreise mag ihnen noch gelingen; die Rückreise würde im Kerker derer enden, die immer wieder Meinungsfreiheit anmahnen – gegenüber der Türkei“.

KARL RICHTER zieht „Lehren aus dem russisch-ukrainischen Gasstreit“ und sagt deshalb „Ja zur Autarkie!“.

Interessant sind seine Überlegungen zum Verhältnis zwischen Europa und den USA, die weit über das Gebiet der Wirtschaftspolitik oder der Sicherheit der Versorgung mit Rohstoffen hinausgeht:

„Niemals zuvor in der Geschichte war die Heraufführung der ‚One World‘ einer zentral gesteuerten Welt unter der Vorherrschaft einer einzigen Macht, so dräuend wie heute. Angesichts dessen gebietet es schon der Überlebenswille der Völker, letzte Refugien der Souveränität gegen die amerikanische Zumutung zu verteidigen, wo immer dies möglich ist, und dabei auch Allianzen einzugehen, die ehedem undenkbar waren. Die ‚Achse‘ einiger Schlüsselmächte der eurasischen Landmasse, gedacht als geostrategisches Gegengewicht gegen den Welt-Hegemon Amerika, gehört in jenen Zusammenhang – unabhängig davon, wie schemenhaft sich die Konturen dieses Projekts im Augenblick noch ausnehmen“.

Dass es Richter dabei durchaus nicht nur um Wirtschaft geht, macht er wenige Zeilen weiter deutlich: „Die Sorglosigkeit ist mit Händen zu greifen, und sie zieht sich durch alle Parteien und alle Bereiche unseres Lebens: Die Bundeswehr wird abgerüstet bis zur Verteidigungsunfähigkeit, die Katastrophenmedizin eingemottet bis auf Rudimente...“. Da werden Träume imperialistischer Konkurrenz deutlich, wobei der Träumer selbst einen Krieg in seine Überlegungen einbezieht.

RÜDIGER SCHREMBS sieht Frankreich als natürlichen Verbündeten Deutschlands gegen die USA: „Merkel, hier noch immer ‚Kohls Mädchen‘, betreibt die Gleichschaltung Berlins mit der amerikanischen Imperialpolitik und biedert sich zugleich in London und Warschau an. Dadurch entsteht die Gefahr, daß sich das in Jahrzehnten gefestigte Verhältnis zum französischen Nachbarn zu lockern beginnt. Das ist nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa nachteilig. Denn dieses benötigt einen kontinentalen Kern, wenn es international handlungsfähig werden will. Jener Kern – das ist die deutsch-französische Allianz. Nur Traumtänzer hegen die Hoffnung, daß eine europäische Großmacht in Übereinstimmung mit Washington formiert werden kann. Die USA wollen an ihrer atlantischen Gegenküste keine eigenständige Kraft entstehen lassen. Sie wünschen, aus geopolitischen, strategisch-wirtschaftlichen Gründen berechenbare europäische Vasallenstaaten.“ Auch bei Schrembs scheint es auf den ersten Blick um Kritik an der US-Politik zu gehen, sein Ziel ist jedoch statt einer Politik des Völkerrechts auf der Basis der Gleichberechtigung der Staaten die europäische Großmacht unter deutsch-französischer Führung.

Deutsche und französische Antifaschist (inn)en sollten gemeinsam gegen diese Großmachtphantasien und ihre Propagandisten kämpfen – das wäre eine vernünftige deutsch-französische Allianz. *tri* ■

Rechtes Aufgebot zu den Landtagswahlen

Zu den Landtagswahlen am 26. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt kandidieren diverse rechte Parteien. In Ba-Wü sind es mit REP, NPD und Deutscher Zentrumspartei gleich drei Parteien aus dem rechten Spektrum. Spitzenkandidat der REP ist Landesvorsitzender Ulrich Deuschle. In Rh.-Pfalz kandidieren REP und NPD, in Sachsen-Anhalt die DVU, die „Republikaner“, die Freiheitliche Partei Deutschlands, die Initiative Pro D-Mark und das Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt (Offensive D/Stattpartei/DSU). Die DVU liegt laut Meinungsumfragen bei 4%. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507